



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Von links: Landrat Herbert Eckstein (Roth), Zweiter Vizepräsident; Landrat Christian Bernreiter (Deggenhof), Präsident; Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen), Dritte Vizepräsidentin; Judith Gerlach, Staatsministerin für Digitales; Landrat Thomas Karmasin (Fürstentfeldbruck), Erster Vizepräsident.

Flächendeckender Mobilfunk im ländlichen Raum

Nach Rückschlag aus Berlin fordern bayerische Landräte Rückendeckung von Bayerns Digitalministerin Gerlach

Ihren Unmut über die Mobilfunkversorgung brachten die bayerischen Landrätinnen und Landräte im Gespräch mit Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach zum Ausdruck. Obwohl das Digitalministerium nicht primär zuständig sei, sehen die Kommunalpolitiker Mobilfunkversorgung und Digitalisierung in einem untrennbaren Zusammenhang. „Wir brauchen von unserer Staatsregierung Rückendeckung beim Bund. Dieser muss alle Lücken in der Mobilfunkversorgung zeitnah schließen“, so Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags.

Die Bundesnetzagentur hat Ende 2018 die Versorgungsaufgaben bei der Versteigerung der 5G-Frequenzen in einer Weise festgelegt, die eine verlässliche und lückenlose Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum auch in den nächsten Jahren nicht sicherstellt. Dabei steht im Koalitionsvertrag des Bundes, dass es neue Frequenzen nur gegen eine flächendeckende Versorgung geben soll.

Bayern). Das bedeutet, die Lücke bleibt in den Landkreisen.

Wettbewerbs- und Standortfaktor

„Das Potenzial der Digitalisierung ist gerade im ländlichen Raum riesig. Bildung, Mobilität,

Grundsteuer-Kompromiss:

Zufriedene Städte und Gemeinden

Im Ringen um die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Reform der Grundsteuer haben sich Bund und Länder auf die Grundzüge eines Kompromissmodells geeinigt. Wie Bundesfinanzminister Olaf Scholz nach einem Treffen mit seinen Länderkollegen in Berlin bemerkte, wolle man eine Lösung, bei der Grundstückswerte, das Alter von Gebäuden und die Durchschnittsmieten zur Steuerberechnung herangezogen werden. Als richtigen Weg begrüßen die kommunalen Spitzenverbände das geplante Modell, während die Immobilienwirtschaft deutliche Kritik übt.

Erfreut zeigte sich Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, über den Kompromiss. „Damit kann der weitverbreiteten Spekulation auf brachliegende Grundstücke, deren späterer Verkauf höhere Gewinne verspricht, begegnet und dringend benötigtes Bauland mobilisiert werden.“ so Brandl. Bayerns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen oft frustriert fest, dass vom Baurecht nicht Gebrauch gemacht wird.

„Wir brauchen dringend Wohnungen“

Da sich das im Baurecht verankerte Baugebot in der Praxis als ineffizient und schwer durchsetzbar erwiesen hat, hat der Bayerische Gemeindetag be-

pflege – einfach alle Themen können uns digital ein großes Stück mehr Richtung gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum bringen. Eine flächendeckende digitale Infrastruktur ist zudem ein wichtiger Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wir brauchen daher zügig ein Gesamtkonzept für den flächendeckenden Mobilfunknetzausbau. Dabei müssen alle Lösungen auf den Tisch, angefangen bei rechtlichen Möglichkeiten zu verpflichtendem Roaming (gegen entsprechende Netzentgelte) bis hin zur Errichtung einer Infrastrukturgesellschaft zum Bau von Mobilfunkmasten. Bei der Vergabe für die Lizenzen

reits vor zwei Jahren gefordert, die in der alten Bundesrepublik Anfang der 60er Jahre bestehende Grundsteuer C, eine sog. „Baulandsteuer“, wieder einzuführen. „Es ist unverständlich, dass unsere Forderung immer wieder von Bund und Ländern verworfen wurde. Wir brauchen dringend Wohnungen für unsere Bevölkerung. Wer für brachliegendes, aber bebaubares Land Steuer zahlen muss, wird es sich gut überlegen, ob ein weiteres Zuwarten wirtschaftlich sinnvoll ist“ sagte der Präsident.

„Nach jahrzehntelangen Anläufen für eine Reform ist das eine gute Nachricht für die Städte“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. „Wir begrüßen, dass die Eckpunkte von Bund



4. Bayerisches InfrastrukturForum:

Lebendige Ortsmitte

Das Thema Ortskernvitalisierung steht ganz oben auf der Agenda des 4. Bayerischen InfrastrukturForums der Bayerischen Gemeindezeitung am 15. März 2019 in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. in München.

Digitalisierung und Globalisierung sind Ursachen massiver Veränderungen in unseren Dörfern und Städten. Neue Konzepte des Zusammenlebens, des Wohnens und Arbeitens sind gefordert! Demographische Entwicklungen, verändertes Käuferverhalten, schließende Geschäfte in den Ortskernen, unsachgemäße Eingriffe und lange Leerstände zehren an der Bausubstanz.

Anmeldung und Infos: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

müssen die richtigen Konditionen gesetzt werden. Beim Mobilfunkthema liegen wir meilenweit zurück. Mobilfunk ist aber genauso elementar wie alle anderen Bereiche der Daseinsvorsorge“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter.

und Ländern wertorientierte Elemente enthalten und damit keine reine Flächensteuer kommt. Das ist den Städten wichtig und kann auch von den Menschen besser akzeptiert werden. Denn es ist gerechter, wenn auch der Wert von Grundstücken und Gebäuden in die Besteuerung einbezogen wird. Und wenn die Details im weiteren Verfahren bekannt bzw. ausgearbeitet sind, werden wir sie genau anschauen.“

Eckpunkte konkretisieren

Jetzt müssen Dedy zufolge die Eckpunkte konkretisiert und bis spätestens Ostern schnell ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Dies sei nötig, damit die Grundsteuer, wie vom Bundesverfassungsgericht verlangt, bis Ende dieses Jahres neu geregelt wird. Andernfalls würde sie ab 2020 wegfallen, was keinesfalls passieren dürfe.

Die Städte benötigen die Grundsteuer mit ihrem Volumen von derzeit jährlich 14 Milliarden Euro, um Teile ihrer Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger zu finanzieren. Die Grundsteuer trage etwa (Fortsetzung auf Seite 4)



Mit der goldenen Bayerischen Verfassungsmedaille zeichnete Landtagspräsidentin Ilse Aigner Bundesminister Dr. Gerd Müller aus. Er erhielt die Medaille für seinen Einsatz „für Menschen in anderen Ländern sowie für internationale Solidarität und Gerechtigkeit“. Insgesamt ehrte der Landtag 39 Persönlichkeiten; drei davon mit der goldenen Medaille. Bild: Archiv Bayerischer Landtag, Rolf Poss

BMZ-Strategiepapier:

Entwicklungspolitik 2030

Neue Herausforderungen – neue Antworten

Fünf große Trends verändern die Welt: das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, der Klimawandel, die Globalisierung der Wirtschaft, die zunehmende Ressourcenknappheit sowie die Digitalisierung.

Laut Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller „liegt es an uns, entschlossen auf diese Herausforderungen zu reagieren. Deswegen werden wir die deutsche Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten.“ In dem Strategiepapier „Entwicklungspolitik 2030“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind die Grundzüge dieser Neukonzeption dargestellt.

Neun Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050

Jedes Jahr wächst die Weltbevölkerung um 80 Millionen Menschen; 90 Prozent entfallen dabei auf die Entwicklungs- und Schwellenländer. Bis 2050 werden rund 9 Milliarden Menschen auf der Erde leben und sich die Bevölkerung Afrikas verdoppelt haben. Das sprunghafte Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern bringt große Herausforderungen, aber auch enorme Chancen durch

das Entstehen einer massiven Investitionsnachfrage. Notwendig ist laut BMZ eine neue intelligente Infrastruktur in Bau, (Fortsetzung auf Seite 4)



Egal, wie das Bienen-Volksbegehren ausgeht: Der Bürgermeister ist besorgt: Jede der vorgeschlagenen Ergänzungen des Naturschutzgesetzes zielt auf die Bauern und die Struktur der bäuerlichen Landwirtschaft. Deshalb plädiert er für Dialog anstatt für starres Verboten. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerische Cybersicherheitsstrategie wird stetig fortentwickelt	Seite 2
Einladung zum 7. Kommunalforum Alpenraum	2
Klimaschutz soll in Bayern Verfassungsrang bekommen	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Erfolg bei Finanzgesprächen	3
Für smarte Städte und Regionen	3
Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen	3
Versorgung von Menschen mit Demenz verbessern	4
Kommunikationstechnik • IT	5-9
Kommunale Abfall- und Umweltthemen	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Bayerische Cybersicherheitsstrategie wird stetig fortentwickelt:

Schutz für Bürger, Unternehmen und staatliche Stellen stärken

Vor dem Hintergrund der aktuellen Vorfälle zur Veröffentlichung fremder Daten im Internet beriet der Ministerrat über die bayerische Strategie zur Datensicherheit: Die aktuellen Vorfälle zur Veröffentlichung fremder Daten im Internet zeigen, dass die fortschreitende Digitalisierung nicht nur Potenziale und Freiräume, sondern auch ein neues Maß der Verwundbarkeit in allen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft birgt.

Die Staatsregierung postuliert eine permanente Anpassung und Weiterentwicklung von Schutzmechanismen und Abwehrstrategien. „Die Sicherheit unserer Daten auch im Internet muss eine Selbstverständlichkeit sein“, heißt es in einer Verlautbarung der Bayerischen Staatskanzlei. Die seit 2013 von der Staatsregierung verfolgte Cybersicherheitsstrategie werde stetig fortentwickelt: Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, zum Schutz der staatlichen Handlungsfähigkeit und zur Stärkung der Sicherheitsbehörden, zum Schutz der Wirtschaft vor Spionage und Sabotage, zur Vernetzung aller für Cybersicherheit wichtigen Akteure. Das Motto laute: „Wir stärken die Cybersicherheit“.

Schwerpunkte

Schwerpunktesieht die Staatsregierung insbesondere in folgenden Bereichen:

• Strafrahmen verschärfen, Befugnisse anpassen

Fälle von Datenausspähung, Datenveränderung und „Datendiebstahl“ bis hin zur Computersabotage müssen mit aller Konsequenz aufgeklärt und bestraft werden. IT-Straftaten sind keine Bagatelldelikt. Sie sind wie Einbruch, Raub und Hehlelei – in der digitalen Welt. Die Strafrahmen der Straftatbestände für die digitale Welt müssen an die der analogen Welt angepasst werden.

Die Strafverfolgungsbehörden brauchen in der digitalen Welt die gleichen Befugnisse einschließlich der Telekommunikationsüberwachung wie in der analogen Welt. Nur so kann der Verfolgungsdruck aufrechterhalten werden!

• Informationen für besseren Datenschutz

Datenschutz beginnt in den eigenen vier Wänden. Es ist die ureigene Pflicht jedes Einzelnen, im Rahmen des Erforderlichen etwa Passwörter sicher einzurichten und technische Verschlüsselungen zu nutzen. Wir werden unsere Informationskampagnen ausweiten, um ein

verantwortliches Handeln im Umgang mit persönlichen Daten und der eigenen Privatsphäre zu unterstützen. Das ist aktiver Bürgerschutz!

Wir werden die Digitalkompetenz an den bayerischen Schulen stärken! Schülerinnen und Schüler müssen frühzeitig einen sicheren Umgang mit Digitalisierung und IT-Sicherheit lernen.

Mit einem „Passwort-Check“ und „Passwort-Generator“ sollen Nutzer einfach die Sicherheitsstufe ihrer Passwörter überprüfen (Ampelsystem Grün – Gelb – Rot) bzw. sichere Passwörter erstellen können.

• Schnellerer Informationsfluss mit den Betroffenen

Der Informationsfluss von den Sicherheitsbehörden an die von einem Daten-Angriff Betroffenen muss möglichst umgehend erfolgen. Im Rahmen der Informationsweitergabe ist unbedingt darauf zu achten, dass berechnete Persönlichkeitsrechte geschützt werden. Nutzer sollen einfache Möglichkeiten bei Datenangriffen erhalten.

• Stärkung der IT-Sicherheit bei Staat und Kommunen

Wir werden die IT-Sicherheit der bayerischen Verwaltung weiter erhöhen und zwar bei Staat und Kommunen. Wir bauen das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik weiter aus und stärken die staatliche Infrastruktur, insbesondere in sicherheitskritischen Bereichen. Eine zentrale Rolle bei der Cybersicherheit kommt zudem der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg zu.

• Cybersicherheit in der bayerischen Wirtschaft stärken

Digitalisierung ist Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der bayerischen Wirtschaft. Mit dem Masterplan BAYERN DIGITAL II setzen wir ein umfangreiches Digitalisierungsprogramm fort, um in den kommenden Jahren Ressourcen zur Stärkung der Cybersicherheit weiter auszubauen.

• Internetdienstleister in die Pflicht nehmen

Anbieter von Internetdiensten und Softwarehersteller sind

gefordert, die bei ihnen vorhandenen Daten der Nutzer bestmöglich zu schützen und Datenmissbrauch auszuschließen.

• Bessere Vernetzung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Wir wollen eine bessere Vernetzung von kleineren und mittleren Betrieben, die potentielle Opfer darstellen. Cybersicherheit verlangt eine verlässliche Einschätzung von Gefährdungslagen und Präventionsmaßnahmen. Hier ist das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz zusammen mit dem Cyber-Allianz-Zentrum Bayern bereits aktiv tätig.

• Zusammenarbeit verbessern

Die Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Stellen des Bundes und der Länder sowie innerhalb der Europäische Union und international muss weiter verbessert werden. Die weltweit vernetzte Digitalisierung macht nicht an Ländergrenzen halt. Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Union an einem „Cybersecurity-Paket“ arbeitet.

• „Cyberabwehr Bayern“, Kompetenzen der bayerischen Behörden erhalten, klare Zuständigkeiten

Zur Optimierung der Strukturen in Bayern wird eine zentrale Informations- und Koordinationsplattform für bayerische Behörden mit Sicherheitsaufgaben (Cyberabwehr Bayern) geschaffen.

Effektive Gefahrenabwehr bleibt das Gebot der Stunde, um berechtigten Anliegen nach Integrität und Vertraulichkeit sensibler Daten gerecht zu werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen allen bayerischen Behörden mit Cybersicherheitsaufgaben ist dabei unerlässlich. Die bewährten Kompetenzen der bayerischen Polizei und des

Europakonferenz der Landesparlamente:

Brüsseler Erklärung

Ilse Aigner: „Wichtiges Signal für ein Europa starker Regionen“

Die Europakonferenz der deutschsprachigen Landesparlamente hat in Brüssel einstimmig eine europapolitische Erklärung beschlossen. Ilse Aigner, Präsidentin des Bayerischen Landtags Bayerns und Ernst Woller, Erster Präsident des Wiener Landtags, stellten als Vertreter der federführenden Parlamente die Eckpunkte der Erklärung am 29. Januar 2019 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel vor.

Für Landtagspräsidentin Ilse Aigner steht vor allem die Haltung der Landesparlamente zur Frage der Subsidiarität im Vordergrund: „Die Brüsseler Erklärung, die wir heute einstimmig verabschiedet haben, ist ein wichtiges Signal für ein Europa starker Regionen. Für uns ist die Subsidiarität eine entscheidende Frage für die Akzeptanz und die Zukunft der Europäischen Idee. Letztlich geht es darum, dass den Ländern und Regionen weiterhin genügend Gestaltungsspielraum zugestanden wird. Die Landesparlamente wollen einen direkten Zugang zur Kommission haben, bei den für uns relevanten Themen in eigener Gesetzgebungskompetenz. Wir sehen die Regelungstiefe der EU auf einigen Politikfeldern bisweilen skeptisch und wollen hier weniger, aber effizienteres Handeln. Diese Forderung vertreten wir durch unsere gemeinsame Erklärung mit Nachdruck.“

Europäische Säule sozialer Rechte

Der Wiener Landtagspräsident Ernst Woller betonte die Bedeutung der von Kommissionspräsident Juncker initiierten „Europäischen Säule sozialer Rechte“, deren Umsetzung

7. Kommunalforum Alpenraum:

Strategien gegen den Arbeitskräftemangel in den Kommunen

Talkrunde mit kommunalen Spitzenvertretern aus Österreich, Bayern und Südtirol

Ob in Österreich oder in Bayern: Der Fachkräftemangel hat an Dynamik zugelegt. Das merken nicht nur die Betriebe – in der Alpenregion spüren drei Viertel der Firmen den Fachkräftemangel stark – sondern auch die Kommunen. Für viele wird es immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden. Das betrifft die Verwaltung genauso wie den Fuhrpark oder den Sozialbereich. Beim 7. Kommunalforum Alpenraum am 14. März 2019 im Lindner-Innovationszentrum in Kundl stehen Strategien gegen den Arbeitskräftemangel in den Gemeinden im Mittelpunkt.

Dr. Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservices wird in seiner Keynote u.a. aufzeigen, was auf lokaler Ebene gegen den Fachkräftemangel getan werden kann. Strategische Personalplanung in Zeiten des Fachkräftemangels beleuchtet Jochen Olbrich von LinkedIn.

Lösungsansätze stehen auch in der abschließenden Talkrunde mit den Spitzenvertretern der kommunalen Verbände auf der Agenda: Dort diskutieren die Präsidenten Mag. Alfred Riedl (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Ernst Schöpf (Tiroler Gemeindeverband) und

Andreas Schatzer (Südtiroler Gemeindeverband) sowie Direktor Georg Große-Verspohl (Bayerischer Gemeindegang) und NR Hermann Gahr (Obmann Forum Land). An mehreren Thementischen wird der direkte Austausch mit den Referenten groß geschrieben.

Kostenlos für kommunale Entscheider

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Premiumpartner ist das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA. Kooperationspartner 2019 sind der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindegang, der Südtiroler Gemeindeverband, Forum Land und Hasibeder Personalservice.

Kooperationspartner und deren Mitglieder (für Bayern: kommunale Entscheider aus dem Freistaat) nehmen kostenlos an der Veranstaltung teil. Frühbucher (bis 5. März 2019) bezahlen 85 Euro, danach beträgt die Teilnahmegebühr 155 Euro.

Info und Anmeldung:

www.kommunalforum-alpenraum.eu

Bayerische Staatsregierung beschließt:

Bayerisches Brexit-Übergangsgesetz

Vorbereitungen sowohl auf geregelten als auch unregulierten Austritt / Informationen für Betroffene

Die Staatsregierung bedauert die Absicht Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszutreten. Trotzdem müssen wegen des für 30. März 2019 angekündigten Ausscheidens des Vereinigten Königreichs aus der EU Vorbereitungen sowohl für einen geregelten als auch für einen möglichen unregulierten Brexit getroffen werden.

Wie der Bund hält auch die Staatsregierung an dem zwischen der EU und Großbritannien ausgehandelten Austrittsabkommen fest und setzt darauf, dass ein unreguliertes Ausscheiden Großbritanniens aus der EU vermieden werden kann. Zur Umsetzung der Vereinbarungen des Austrittsabkommens hat der Ministerrat deshalb heute den Entwurf eines Bayerischen Brexit-Übergangsgesetzes (Bay-BrexitÜG) beschlossen. Mit dem Gesetz soll sichergestellt werden, dass das Vereinigte Königreich für eine Übergangszeit im bayerischen Landesrecht weiterhin als Mitgliedstaat der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft behandelt wird.

Revision möglich

Im Falle einer Zustimmung des britischen Parlaments zum Austrittsabkommen würde das Gesetz so einen möglichst reibungslosen Vollzug des Austritts ermöglichen. Es wird nun dem Landtag zur weiteren Behandlung zugeleitet, kann – falls es nicht zur Annahme und Umsetzung des Austrittsabkommens durch Großbritannien kommt – jedoch auch wieder aufgehoben werden.

Wegen der bislang nicht erfolgten Zustimmung des briti-

schen Parlaments zum Austrittsabkommen bereitet sich Bayern zugleich auch auf einen unregulierten Austritt des Vereinigten Königreichs vor. Ein solcher unregulierter Brexit würde für Bayern einen erheblichen Einschnitt bedeuten. Zwar gibt es für diesen Fall keinen spezifischen Bedarf, Landesgesetze anzupassen. Ein unregulierter Brexit würde jedoch auch in Bayern für die Verwaltungen in vielen Bereichen mit einem besonderen Umsetzungsbedarf einhergehen, insbesondere in den Bereichen Aufenthaltsrecht, Wirtschaft, Landwirtschaft, innere Sicherheit, Forschung, Veterinärverwaltung und pharmazeutische Überwachung.

Der Ministerrat hat deshalb alle Ressorts damit beauftragt, die fachspezifischen Vorbereitungen auf einen unregulierten Brexit weiter voranzutreiben, um mögliche negative Auswirkungen – beispielsweise auf die Versorgung mit Arzneimitteln – zu vermeiden. Die Ministerien wurden außerdem beauftragt, im Falle möglicher Auswirkungen Informationen für die Betroffenen bereitzustellen. So erhalten beispielsweise Unternehmen Informationen zum Brexit über eine Mail-Hotline des Bayerischen Wirtschaftsministeriums (brexit-info@stmwi.bayern.de).

Klimaschutz soll in Bayern Verfassungsrang bekommen

Der Klimaschutz soll in Bayern Verfassungsrang erhalten. Der Ministerrat hat hierzu eine entsprechende Initiative beschlossen. Die Staatsregierung schlägt vor, den Schutz des Klimas in die Bestimmungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Art. 141 Abs. 1 Satz 4 der Bayerischen Verfassung einzufügen. Das Kabinett beauftragte Umweltminister Thorsten Glauber, MdB, und Innenminister Joachim Herrmann, MdB, hierüber umgehend Gespräche mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag aufzunehmen. Ziel ist es, durch eine parteiübergreifende Mehrheit im Bayerischen Landtag eine Verfassungsänderung noch in diesem Jahr zu ermöglichen. Änderungen der Verfassung erfordern eine Zweidrittelmehrheit im Landtag und eine Entscheidung des Volkes, die möglichst bereits bei einem gemeinsamen mit den Europawahlen am 26. Mai 2019 durchgeführt werden kann.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Walch
86504 Merching
am 19.2.

Bürgermeister
Karl Metzger
86570 Inchenhofen
am 22.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kern
94548 Innernzell
am 16.2.

Bürgermeister
Michael Muther
82234 Weißing
am 26.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Wachs
93077 Bad Abbach
am 16.2.

Bürgermeister
Bernhard Sontheim
82340 Feldafing
am 19.2.

Bürgermeister
Dr. Maximilian Stumböck
86514 Ustersbach
am 19.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Andreas Haas
82110 Germering
am 14.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ralf Nowak
96176 Pfarweisach
am 16.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Maul
91734 Mittelschenbach
am 16.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bezirkstagspräsident
Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich
94078 Freyung
am 23.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bundeskonferenz Stadt.Land.Digital in Berlin:

Für smarte Städte und Regionen

Rund 300 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutierten in Berlin im Rahmen der Bundeskonferenz Stadt.Land.Digital darüber, wie digitale Lösungen in Städten und Kommunen zu mehr Lebensqualität, Wachstum und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen können. Im Zentrum standen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte der Digitalisierung in Städten und Regionen sowie die Frage, wie die Vernetzung von Akteuren die Digitalisierung vorantreiben kann.

Bundesminister Peter Altmaier gab auf der Konferenz den Startschuss für die Initiative „Stadt.Land.Digital“, die im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Städte und Kommunen bei ihrer digitalen Transformation unterstützt. Erster operativer Schritt wird die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Unterstützung der Akteure vor Ort sein. Es soll als Ansprechpartner und Multiplikator für alle relevanten Akteure und Themen auf dem Weg zur „smarten“ Stadt und Region dienen. Unser Ziel ist es, die Lebensqualität in Stadt und Land durch digitale Lösun-

cken zu verbessern. Vorhaben, die Datenweitergabe kommunaler Unternehmen zu erweitern und zu verschärfen, kritisierte Reiche mit Blick auf die drohende Wettbewerbsverzerrung, von der vor allem Datenkonzerne profitieren dürften.

Gleiche Spielregeln für alle

Reiche: „Müssen nur öffentliche Unternehmen ihre Daten veröffentlichen und weitergeben, werden sie im Wettbewerb mit privaten Unternehmen strukturell und unwiederbringlich benachteiligt. Das ist, als

renz bildete die Preisverleihung des Wettbewerbs Stadt.Land.Digital, der in Kooperation mit dem VKU und den kommunalen Spitzenverbänden veranstaltet wurde. Mit 218 eingereichten Ideen war dies der umfassendste Wettbewerb, der bisher zu diesem Thema in Deutschland ausgerichtet wurde. Von breit angelegten Strategien für Regionen und Großstädte bis hin zu Einzellösungen in kleineren Kommunen wurde ein großes Ideenspektrum aus ganz Deutschland eingereicht.

Bayerischer Preisträger

Als einziger bayerischer Preisträger wurde das Digitale Gesundheitsdorf im Oberen Rodachtal mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. Dort werden die Potenziale der Digitalisierung zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung erprobt. Mittels einer digitalen Plattform werden ambulante Pflegedienste, Hausärzte sowie Bürger, Pflegebedürftige und deren Angehörige vernetzt – mit dem Ziel, die Abstimmungsprozesse zu vereinfachen.

Zusätzlich wird der Einsatz von am Markt verfügbaren technischen Assistenzsystemen untersucht, um ein selbständiges Wohnen im eigenen Zuhause zu fördern. Eine lokale Anlaufstelle informiert die Bürger des Oberen Rodachtals darüber hinaus über Möglichkeiten des technikunterstützten Wohnens und koordiniert einen ehrenamtlichen Begleitdienst.

Drei Jahre Laufzeit

Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren (09/2018 bis 08/2021) und wird im Zuge der Digitalen Dorf Bayern Initiative vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege finanziert. Durchgeführt wird es vom Fraunhofer-Institut für integrierte Schaltungen IIS in Zusammenarbeit mit den regionalen Pflegediensten und Hausärzten sowie mit Unterstützung der Bürgermeister der drei Gemeinden Nordhalben, Steinwiesen und Wallenfels. DK

Familienministerin Schreyer will CURA auf 20 Standorte ausbauen:

Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

Bezug von Sozialleistungen darf nicht von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden

Ist ein Familienteil lange Zeit arbeitslos, sind davon alle Angehörigen betroffen: der Partner ebenso wie die Kinder. Bayern nimmt deshalb mit dem Programm CURA nicht nur die Arbeitsmarktchancen von Langzeitarbeitslosen in den Blick, sondern stellt in ausgewählten Regionen auch der ganzen Familie zusätzliche sozialpädagogische Begleitung an die Seite.

Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer: „Gerade Kindern fehlt es oft an Orientierung, wenn ihre Eltern von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Mit zusätzlichen sozialpädagogischen Fachkräften in den Jugendämtern und der engen Kooperation mit den Jobcentern begleiten wir die ganze Familie intensiv. So stellen wir die Weichen, dass der Bezug von Sozialleistungen nicht von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird.“

Erfolgreicher Start im Jahr 2018

CURA ist im Jahr 2018 bereits in den Städten Straubing, Hof, Amberg, Schweinfurt, Aschaffenburg und Nürnberg sowie den Landkreisen Augsburg und Amberg-Weilheim erfolgreich gestartet. „Im nächsten Jahr

wollen wir CURA auf 20 Standorte ausbauen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen“, betont Schreyer.

CURA steht für Coaching von Familien zur Bekämpfung urbaner Arbeitslosigkeit. Außerdem ist cura das lateinische Wort für „Fürsorge“. Die Ministerin erläutert: „Mit CURA werden die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung gestärkt. Gleichzeitig fördern wir die soziale, schulische und berufliche Entwicklung der jungen Menschen. Wir wollen damit ihr Interesse an einem erfolgreichen Bildungs- und Berufsweg wecken. So verbessern wir die Gesamtsituation der Familie. Denn Arbeit ist viel mehr als reiner Broterwerb.“

Weitere Informationen zu CURA im Internet: <https://www.stmas.bayern.de/arbeit/initiative/index.php>

Terminhinweis:

Mehr bezahlbarer Wohnraum in Bayern – aber wie?

In den großen Städten Bayerns wird Wohnraum zunehmend knapp. Das führt zu steigenden Mieten, Verdrängungsprozessen und sozialer Ungerechtigkeit. Auf der anderen Seite schrumpfen ländliche Regionen.

Die neue Ausstellung des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung „Mehr bezahlbarer Wohnraum in Bayern – aber wie?“ zeigt einerseits die Ursachen der Wohnungsfrage wie die Bevölkerungs- und Mietpreisentwicklung sowie regionale Unterschiede, andererseits mögliche Lösungsansätze zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf Bundesebene und in Bayern auf. Die Rolle der Kommunen wird ebenso beleuchtet wie bereits erfolgte Umsetzungsbeispiele in Bayern. Verständlich werden Fachbegriffe erklärt und zudem thematisiert, was noch zu tun ist.

Die Ausstellung ist zu sehen beim zentralen Auftakt zum MünchnerStiftungsFrühling 2019 am 23. März 2019 in der BMW-Welt München. Beginn ist um 11 Uhr. DK

gen zu verbessern. Dafür stehen wir fest an der Seite der Kommunen“, betonte Altmaier.

Standortfaktor 5G-Mobilfunk

Auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), der die Veranstaltung intensiv unterstützt hatte, warb dafür, die Chancen der Digitalisierung für smarte Städte und Regionen zu nutzen. Hierfür sei der 5G-Mobilfunk entscheidend: „5G ist nicht nur schnellerer Mobilfunk, sondern die zentrale Steuerungstechnologie für die digitale Zukunft. Für Smart-City-Anwendungen brauchen kommunale Unternehmen 5G-Frequenzen zur regionalen Nutzung. So wie Firmen die Chance bekommen sollen, eigene Netzwerke aufzubauen, sollten auch Kommunen die Chance bekommen, Smart-City-Netze aufzubauen. Bisher sind regionale 5G-Frequenzen von der Bundesnetzagentur nicht vorgesehen, hier muss die Behörde jetzt liefern.“

Echte Mehrwerte schaffen

Die Hauptgeschäftsführerin rief die kommunalen Unternehmen in Deutschland auf, ihre starke Kundennähe als entscheidenden Wettbewerbsvorteil zu nutzen: „Was nutzt eine To-do-Liste, wenn sie digital, aber nicht kürzer ist? Entscheidend ist doch der konkrete Nutzen einer Innovation für die Menschen: Kommunale Unternehmen sind vor Ort verwurzelt und wissen, was wirklich benötigt wird. Sie setzen digitale Technologien ein, um echte Mehrwerte zu schaffen – von denen Menschen im Alltag spürbar profitieren, die das Leben einfacher, besser und sicherer machen.“

Neben den technischen Voraussetzungen müsse dafür auch der Rechtsrahmen weiterentwi-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

rund 9.970.000.000 Euro – eine sehr eindrucksvolle zehnstellige Zahl, die der Freistaat im Zuge des kommunalen Finanzausgleiches für seine Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden zur Verfügung stellt. Steigerung um 4,6% bzw. 435,7 Mio. Euro, Rekord vom Vorjahr erneut gebrochen! Das Verhältnis von Staat und Kommunen bleibt in Bayern also einzigartig – im Vergleich zu allen anderen Bundesländern.

Dies alles ist nicht Resultat eines Wunschkonzertes, sondern dahinter steckt schon eine Strategie. Will Bayern sein hohes Wohlstandsniveau halten, ausbauen und auch künftig an der Spitze stehen, braucht es starke Kommunen – flächendeckend. Das wissen auch Staatsregierung und Landtag.

Erfolg bei Finanzgesprächen

Von kommunaler Seite aus geht es darum, nicht nur zu verwalten, sondern in hohem Maße zu gestalten. Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Wirtschaft, Digitalisierung, Soziales, Integration, Umweltschutz, etc. – auf allen wichtigen Politikfeldern spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle. Wir wollen vor Ort investieren, Ideen umsetzen und beste Rahmenbedingungen für unsere Bürger schaffen. Gleichzeitig gilt es, die von staatlicher Seite übertragenen Verwaltungsaufgaben zügig, kompetent, sorgfältig und mit Fingerspitzengefühl zu vollziehen. Das bleibt unser Anspruch.

Apropos Anspruch – die Bedürfnisse der Bevölkerung wachsen stetig an und sind manchmal nur noch mit erheblichen Kraftanstrengungen zu erfüllen. Wir wollen nicht jammern, aber es ist schon feststellbar, dass der Solidargedanke und das Verständnis für Entscheidungen, die dem Gemeinwohl dienen und vielleicht das eine oder andere Einzelinteresse nicht berücksichtigen, eine immer geringere Rolle spielen. Darauf müssen wir uns weiter einstellen.

Doch zurück zum Finanzausgleich: Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) konnten wir vor den entscheidenden Gesprächen der Staatsregierung mit den Spitzenverbänden die beiden Staatsminister Joachim Herrmann und Albert Füracker zum Finanzgespräch bei uns begrüßen und unsere Anliegen vorbringen. Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Zentrale Forderungen der KPV wurden Tage später bei den Finanzausgleichsverhandlungen erfüllt. Dies zeigt auch die hohe Wertschätzung der KPV und der Kommunen insgesamt bei den Entscheidern. Ein Dank gilt dabei auch den Kommunalen Spitzenverbänden in Bayern für



die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit:

➤ **KPV-Forderung:** Höhere Investitionsförderung nach Art. 10 FAG für kommunalen Hochbau (Schulen inkl. Sportanlagen, Kitas, etc.)
Forderung erfüllt! Erhöhung um 50 Mio. Euro auf 550 Mio. Euro (+ 10%)

➤ **KPV-Forderung:** Erhöhung der Finanzausweisungen nach Art. 7 FAG (Pro-Kopf-Beträge) und Art. 9 sowie deutlich mehr staatliche Stellen
Forderung erfüllt!

• Aufstockung des Art. 7 FAG um 15 Mio. Euro auf

483,5 Mio. Euro (+ 3,2 %)

• Erhöhung beim Art. 9 FAG um 5 Mio. Euro auf 65,5 Mio. Euro (+ 8,3 %).

• 70 neue Stellen im Jahr 2019 und weitere Verbesserungen bei der Stellenausstattung und bei Stellenhebungen

➤ **KPV-Forderung:** Bessere finanzielle Unterstützung für die Bezirke zur Verhinderung von Umlageerhöhungen

Forderung teilerfüllt: Verlängerung der bisherigen Pauschale für volljährig gewordene Flüchtlinge in Höhe von 40 Euro je Fall und Tag in Aussicht gestellt

➤ **KPV-Forderung:** Beibehaltung der Rechtslage zum Wegfall der Gewerbesteuerumlage

Forderung erfüllt: Der Freistaat Bayern fordert für den im Jahr 2020 eintretenden Wegfall der bundesgesetzlich geregelten erhöhten Gewerbesteuerumlage dauerhaft keine Kompensation → kommunale Entlastung ab 2020 um rd. 800 Mio. Euro (!)

➤ **KPV-Forderung:** Höhere Schlüsselzuweisungen

Forderung erfüllt: Erhöhung um 240 Mio. Euro (+ 6,6 %) auf 3.903 Mio. Euro

Zusätzlich gibt es Positives hinsichtlich einer weiteren KPV-Initiative zu vermelden: Wir freuen uns über die im Koalitionsvertrag vorgesehenen 20 Mio. Euro pro Jahr für die Sanierung kommunaler Schwimmbäder. Damit wurde die langjährige KPV-Forderung teilerfüllt und ein Einstieg in die Förderung durch den Freistaat geschafft. Aber: Die Praxis wird zeigen, dass dies nur der Anfang sein kann. Denn der Sanierungsbedarf liegt in Bayern bei über 500 Mio. Euro. Positiv stimmt uns, dass ein Teil der Bäderrisierungen auch über das FAG besser unterstützt werden soll.

In Summe lässt sich also festhalten, dass sich das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Staat und Kommunen in Bayern weiterhin bewährt. Wir kommunizieren auf Augenhöhe, offen und zielorientiert. Unsere Anliegen als KPV werden gehört und größtenteils umgesetzt. So haben wir vor Ort die finanziellen Grundlagen, in Kombination mit unseren Ideen und viel Arbeit die derzeit gute Konjunktur zu nutzen, um unsere Kommunen fit für die Zukunft zu machen.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Kommunale Spitzenverbände:

Wohnraumoffensive und Bankenregulierung

Mit der Wohnraumoffensive haben es sich der Bund, die Länder und die Kommunen zum Ziel gesetzt, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu begegnen. Die BImA, das zentrale Immobilienunternehmen des Bundes, und die Kommunen wollen deshalb möglichst schnell Flächen mobilisieren, um bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu schaffen. Hierzu haben die BImA sowie der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein gemeinsames Informationsschreiben unterzeichnet.

Eine wichtige Aufgabe nehmen die Kommunen wahr. Mit ihrer Planungshoheit schaffen sie die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Wohnungsbau und die damit zusammenhängende Infrastruktur. Einen weiteren wichtigen Beitrag leisten dafür die für Bundeszwecke entbehrlichen Grundstücke im Eigentum der BImA. So können Kommunen oder kommunale Wohnungsbauunternehmen diese Flächen erwerben und darauf neuen Wohnraum schaffen. Auch ist es möglich, gemeinsame Projekte von BImA und Kommunen auf diesen Liegenschaften zu realisieren. Zudem plant

erster, eigene Wohnungsbauvorhaben im Rahmen der Wohnungsfürsorge für die Unterbringung von Beschäftigten des Bundes umzusetzen und dadurch ebenfalls zu einer Entlastung angespannter Wohnungsmärkte beizutragen.

Wertermittlung von Liegenschaften

In dem Informationsschreiben werden die wesentlichen Verbesserungen der neuen Verbilligungsrichtlinie beim Verkauf von bundeseigenen Flächen an Kommunen vorgestellt. Hierzu zählt zum Beispiel ein Preisnachlass in Höhe von 25.000 Euro je neu geschaffener Sozialwoh-

nung im Geschosswohnungsbau. Ferner gibt es für die Städte, Landkreise und Gemeinden jetzt auch die Möglichkeit, verbilligt erworbene Liegenschaften ohne Rückzahlung des Preisnachlasses an private Dritte weiter zu veräußern, wenn diese sich verpflichten, den Verbilligungszweck zu erfüllen.

In dem Informationsschreiben wird darüber hinaus erläutert, wie die BImA den Wert von Liegenschaften ermittelt. Auch das angewendete Wertermittlungsverfahren, das den üblichen Gepflogenheiten auf dem Immobilienmarkt entspricht, wird genauer dargestellt. Werden die Voraussetzungen gemäß der Verbilligungsrichtlinie erfüllt, kann die BImA den Kommunen bei einem direkten Erwerb von entbehrlichen Grundstücken des Bundes Vergünstigungen auf den Kaufpreis gewähren. Diese können im Einzelfall mehrere Millionen Euro betragen. Zudem existiert mit der neuen Verbilligung (Fortsetzung auf Seite 4)

Entwicklungspolitik ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Handel, Transport, Bildung, Gesundheit und Beschäftigung. Allein auf dem afrikanischen Kontinent sind jährlich 20 Millionen neue Jobs für die wachsende junge Bevölkerung notwendig. Flucht und Migration sind eine langfristige und weltweite Herausforderung. Mehr als 68 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. 85 Prozent von ihnen finden Aufnahme in den Entwicklungsländern. Bevölkerungsentwicklung, Kriege, Hunger, Klimaveränderung und Perspektivlosigkeit gerade für die junge Generation sind die Auslöser. „Handeln wir nicht entschieden durch eine Stärkung unserer langfristigen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und eine Neugestaltung der Handelsbeziehungen zur Schaffung von Zukunfts- und Bleibeperspektiven vor Ort, werden sich möglicherweise bald nicht nur Tausende, sondern Millionen Menschen in Richtung Europa aufmachen“, heißt es in dem Papier. Auch die Zahl der Migranten – mittlerweile mehr als 240 Millionen – steigt. Häufig spielen die persönliche wirtschaftliche Lage und ein Mangel an Perspektiven im Herkunftsland eine wesentliche Rolle.

Schaffung von Bleibe-, Rückkehr- und Zukunftsperspektiven

Das BMZ arbeitet weltweit kurz-, mittel- und langfristig in Krisen- und Notstandsgebieten. Ziel ist die Schaffung von Bleibe-, Rückkehr- und Zukunftsperspektiven durch die unmittelbare Unterstützung von Flüchtlingen zum Überleben, den Aufbau von Infrastruktur, Bildung und Beschäftigung, die Förderung der Privatwirtschaft und guter Regierungsführung sowie durch freiwillige Rückkehr und Reintegration.

Von den Vorhaben des Bundesministeriums im Bereich der Krisenbewältigung profitieren weltweit bis zu 10 Millionen Menschen, darunter mindestens 3,7 Millionen Kinder und Jugendliche. Deutschland zählt zu den größten Gebern im Krisenbogen Syrien und ist für Jordanien, den Libanon, den Irak und die Türkei einer der bedeutendsten Partner für die Unterstützung syrischer Flüchtlinge und ihrer aufnehmenden Gemeinden:

Wohnraumoffensive und Banken...

(Fortsetzung von Seite 3)

gungsrichtlinie keine Kappungsgrenze mehr. Der Abschlag beim Kaufpreis eines Grundstückes von 25.000 Euro pro neu geplanten Sozialwohnung kann sich bis zur Höhe des Gesamtkaufpreises addieren.

Mit Blick auf den europäischen Bankenmarkt haben sich die drei kommunalen Spitzenverbände zudem gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) für eine Stärkung der Vielfalt an Geschäftsmodellen, Rechtsformen und Angeboten für die Kunden ausgesprochen.

Spitzenvertreter aller vier Häuser unterstrichen, dass kommunale Kreditinstitute wie die deutschen Sparkassen sowohl in der Finanzmarkt- als auch in der Wirtschaftskrise Teil der Lösung, nicht Teil des Problems waren. Sie wirkten regelmäßig stabilisierend in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bankenregulierung in Europa müsse daher – ähnlich wie in den USA – klarer zwischen Größen, Risiko und Geschäftsmodellen unterscheiden, um die Vielfalt auf dem europäischen Bankenmarkt zu stärken. **DK**

1. Das BMZ sichert Überleben: Ernährungssicherung für mehr als 8 Millionen Menschen; Aus- und Fortbildung von 1 Million Kleinbauern; Sicherung von Landrechten von rund einer halben Million Menschen.

2. Aufbau von Infrastruktur: Wasser- und Sanitärversorgung für rund 200 Millionen Menschen; erneuerbare Energieversorgung für 16 Millionen Menschen; in Marokko größtes Solarkraftwerk der Welt für mehr als 1,3 Millionen Menschen; Gesundheitsversorgung für 65.000 Flüchtlinge im Nordirak.

3. Investitionen in Bildung und Beschäftigung mit Rückkehrmöglichkeit: Finanzierung von 17.000 Lehrern in der Türkei und in Jordanien ermöglicht Schulunterricht von 370.000 Kindern in der Region. In Ost-Mosul wurden 115 Schulen wieder aufgebaut, in denen 54.000 Kinder zur Schule gehen können. Verbesserung der Ausbildung von 50.000 Menschen in Zusammenarbeit mit 100 Berufsschulen in Ägypten. Die Beschäftigungsoffensive Nahost (Cash for Work) hat in den vergangenen beiden Jahren mehr als 140.000 Jobs geschaffen. Über 270.000 Binnenflüchtlinge konnten mit Unterstützung des BMZ im Irak bereits in ihre Heimat zurückkehren.

Mit dem Gesamtansatz „Perspektive Heimat“ verbessert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Lebenssituation der Menschen vor Ort. Die Angebote richten sich an alle Menschen in den Partnerstaaten: Einheimische, Flüchtlinge/Binnenvertriebene und Rückkehrer aus Deutschland. Um diese Menschen gezielt zu vermitteln und zu qualifizieren, wurden Beratungszentren auf dem Westbalkan (Albanien, Kosovo, Serbien), in Nord- und Westafrika (Ghana, Marokko, Senegal, Tunesien, Nigeria) sowie im Irak eingerichtet. Weitere sind in Ägypten und Pakistan geplant. Sie sind erste Anlaufstelle für Einheimische, Flüchtlinge und Rückkehrer und Schnittstelle zu den lokalen Arbeitsagenturen und –angeboten.

Schwerpunktcontinent Afrika

„Neben den globalen Herausforderungen in Asien und Lateinamerika ist Afrika mit jährlichen Zusagen von mehr als 2 Milliarden Euro Schwerpunktcontinent unserer Zusammenarbeit. Denn Europas Zukunft wird in Afrika mitentschieden“, betont Minister Müller.

Die Zahlen sind alarmierend: Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln; 22 der 25 ärmsten Länder liegen nach dem Human Development Index des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Afrika. Noch immer hungern dort mehr als 200 Millionen Menschen. Zwei Drittel aller Afrikaner haben keinen Zugang zu Strom, bis zum Jahr 2050 wird mit bis zu 85 Millionen Klimaflüchtlingen in Afrika gerechnet. Mehr als 20 Prozent aller Kinder und mehr als ein Drittel aller Jugendlichen gehen nicht zur Schule, jedes Jahr kommen 20 Millionen Jugendliche neu auf den Arbeitsmarkt. Zudem fließen jedes Jahr 50 Milliarden US-Dollar illegal aus Afrika ab.

„Nur wenn wir die großen Herausforderungen Afrikas gemeinsam erfolgreich bewältigen, werden wir die Ziele des Weltzukunftsvertrags und der Agenda 2063 der Afrikanischen Union erreichen. Wir setzen dabei auf eine Stärkung der Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten und auf eine Entwicklung, die alle einbe-

zieht und von den Potenzialen der eigenen Bevölkerung vorangetrieben wird“, informiert das BMZ. Grundlage hierfür seien der Marshallplan mit Afrika, der Compact with Africa und der neue Partnerschaftsvertrag der EU mit Afrika (Nachfolge Cotonou-Vertrag). Weitere Partner sind multilaterale Akteure wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank.

Marshallplan mit Afrika

Der Marshallplan mit Afrika und der Compact with Africa haben einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Nicht mehr kleinteilige Einzelprogramme stehen im Vordergrund, sondern integrierte Gesamtkonzepte für eine nachhaltige Entwicklung aller Politikfelder. Schwerpunkte bilden die Reformpartnerschaften mit Côte d'Ivoire, Ghana und Tunesien. Die Aufnahme weiterer Reformpartnerschaften wird geprüft. Dabei arbeitet das BMZ anhand von Kriterien für Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit und für die Einhaltung der Menschenrechte.

Erst das Erreichen konkreter vereinbarter Meilensteine, wie beispielsweise die Einrichtung

Zufriedene Städte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

zum Bau und zur Sanierung von Schulen, Kitas, Schwimmbädern und Straßen bei. Mit dieser Steuer würden Eigentümer und Mieter an den Kosten der kommunalen Infrastruktur beteiligt. „Es bleibt dabei, dass die Reform, wenn das neue Gesetz wirksam wird, nicht zu höheren Einnahmen führen soll. Der einzelne Steuerbescheid könnte allerdings etwas niedriger oder höher ausfallen“, machte Dedy deutlich.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, bezeichnete es als „gut, dass damit eine lange Hängepartie auf dem Rücken der Kommunen endet und ein Gesetzentwurf nun auf den Weg gebracht werden kann“. Dass die Neuregelung auf der Grundlage des wertebabhängigen Modells des Bundesfinanzministers stattfinden soll, finde ebenfalls die Zustimmung seines Verbandes. Ein wertunabhängiger Ansatz ginge an den Realitäten am Immobilienmarkt vorbei.

Bestehende Realitäten abbilden

Dem Deutschen Landkreistag gehe es darum, bei der Grundsteuer die bestehenden Realitäten abzubilden, fuhr Henneke fort: „Das bedeutet auch, dass in herausgehobenen Wohnlagen mehr Grundsteuer anfällt als in strukturschwachen Gebieten. Das ist am Ende eine Frage der gerechten Bewertung von Immobilien. Alles andere wäre unsachgemäß.“ Wesentlich sei in diesem Zusammenhang aber auch, dass sich durch entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten von Land und Kommunen die meisten der politisch nicht gewollten Belastungssituationen korrigieren bzw. zumindest deutlich entschärfen ließen.

Wie DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg gegenüber der Rheinischen Post darlegte, sind die festgelegten Eckpunkte ein „ausgewogener und umsetzbarer Kompromiss“. Am allerwichtigsten sei, dass nun Bewegung in die Reform gekommen ist und die lähmenden Diskussionen beendet werden können.

Die in den Eckpunkten vorgesehenen grundsätzlich drei Kriterien zur Ausgestaltung der Bewertung (Baujahr, Bodenrichtwert, durchschnittliche

Nettokaltmiete nach dem Mikrozensus) seien nachvollziehbare und umsetzbare Ausgangspunkte für die vorzunehmenden Bewertungen. Gegenüber bisher diskutierten Reformmodellen stellten sie eine Verwaltungsvereinfachung dar, was für die erfolgreiche Umsetzung der Grundsteuerreform sowohl legislativ, als auch administrativ zu begrüßen sei.

Agenda 2030

Bundesminister Müller zufolge wird die deutsche Entwicklungspolitik mit dieser Neuausrichtung in der Entwicklungszusammenarbeit entsprechend der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen zum Querschnitt für die gesamte Politik. „Denn Globalisierung kann und muss gerecht gestaltet werden. Jede und jeder Einzelne von uns – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – kann und muss seinen Beitrag dafür leisten.“ **DK**

Die Eckpunkte enthalten laut Landsberg keinen Ansatz, das gemeindliche Hebesatzrecht bei der Grundsteuer zu beschränken, was ausdrücklich zu begrüßen sei. Eine solche Überlegung war noch Gegenstand eines zuvor diskutierten Reformmodells gewesen.

Wohnungsmangel schuld an hohen Mieten

Mit Blick auf die Auswirkungen auf Mieter verwies Landsberg darauf, dass die Mieten für Wohnungen in den Städten nicht wegen der Grundsteuer hoch sind, sondern wegen des teilweise dramatischen Wohnungsmangels. Es liege am Bund, in der sogenannten Betriebskostenverordnung zu regeln, ob und inwieweit die Grundsteuer vom Eigentümer auf die Mieter umgelegt werden kann. Die Belastung des Mieters mit Grundsteuer sei dabei aber gering, sie liege auch bei Stadtwohnungen durchschnittlich bei unter 20 Cent/qm. Es gelte, das Wohnungsangebot auszubauen und zu verbessern, um das Wohnen wieder bezahlbarer zu machen.

Begrüßenswert ist aus Landsbergs Sicht, dass mit einer neuen Grundsteuer C die Gemeinden zukünftig gegen Grundstücksspekulationen ein weiteres Instrument bekommen sollen. Jetzt müsse weiter Tempo gemacht werden und ein Gesetzesentwurf erarbeitet werden. Dieser sollte rasch dem Bundeskabinett zugeleitet und noch im Frühjahr in den Bundestag eingebracht werden. Die Kommunen vertrauten darauf, dass die nun gefundene Einigung Bestand hat und in den Ländern, in den Landesfinanzverwaltungen und auch in den Kommunen bereits mit den Vorbereitungen für die Umsetzung der Neuregelung begonnen werden kann.

Wasser in den Wein goss indes der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW, der

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml:

Versorgung von Menschen mit Demenz verbessern

Auszeichnung des Bayerischen Instituts für alters- und demenzsensible Architektur (Bifada)

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Demenz in Krankenhäusern noch besser versorgt werden. Huml betonte bei der Übergabe des Architekturpreises 2018: „Für Menschen mit einer Demenzerkrankung kann ein Krankenhausaufenthalt besonders belastend sein. Deshalb ist es wichtig, sie auch mit einer geeigneten baulichen Gestaltung der Klinik zu unterstützen.“

„Für dieses Ziel setzen wir uns im Rahmen unserer Bayerischen Demenzstrategie ein. Ein Schwerpunkt ist dabei, die stationäre Versorgung von Menschen mit Demenz im Krankenhaus zu verbessern und an ihren Bedarfen zu orientieren“, ergänzte die Ministerin. Die Gemeinschaftsarbeit von zwei Architektur-Studentinnen der Technischen Universität München (TUM) zur alters- und demenzgerechten Gestaltung eines Aufwachsraums im Krankenhaus unterstütze beispielhaft die Umsetzung der Bayerischen Demenzstrategie. „Die beiden Studierenden haben sich mit der demenzsensiblen Architektur zur bedarfsgerechten Versorgung von Menschen mit Demenz im Krankenhaus befasst und erhalten für ihre Arbeit den Architekturpreis 2018 des Bifada“, ergänzte Huml.

Die beiden Preisträgerinnen Klaudia Jaskula und Christina Fischer de Saa haben aus Sicht der Ministerin mit ihrem Entwurf die Herausforderung, die besonderen Bedürfnisse von demenzbetroffenen Krankenhauspatienten in die architektonische Gestaltung eines Aufwachsraums zu integrieren, hervorragend gelöst –

vor einer „Bürokratie- und Streitwelle“ warnte. Er sagte „eine in vielen Fällen starke Kostensteigerung gerade bei preiswert vermieteten Wohnungen in sonst teuren Lagen“ voraus. Nach Auffassung von Verbandspräsident Axel Gedaschko ziehen damit „weitere dunkle Wolken für das bezahlbare Wohnen“ auf.

Bund der Steuerzahler übt Kritik

Mehr Bürokratie, mehr Kosten, mehr Klagen: So kritisiert der Bund der Steuerzahler (BdSt) die Eckpunkte zur Reform der Bewertung bei der Grundsteuer. „Zwar bezeichnen Bundesfinanzminister Olaf Scholz und seine Länderkollegen ihr Arbeitsergebnis als Kompromissmodell – doch tatsächlich bleibt es bei dem sehr problematischen wertabhängigen Modell.“, so die Erklärung des BdSt.

Die einzige Abweichung zu früheren Vorschlägen bestehe nun wohl darin, dass die Miete nicht mehr einzeln für jede Wohneinheit ermittelt werden müsse. Das Eckpunktepapier sei weder ein guter Kompromiss noch ein Fortschritt. „Wenn diese Reform so kommt, dann wird die Bewertung ungeheuer bürokratisch und teuer. Zudem müssen sich die Gerichte abermals auf viele Streitigkeiten einstellen“, befürchtet BdSt-Präsident Reiner Holznagel.

Der BdSt fordert entscheidende Nachbesserungen. Der Wertbezug führe gerade in Ballungsgebieten automatisch zu einer höheren Grundsteuer. Dies treffe vor allem viele Menschen mit kleinen Einkommen. Mit dem politischen Ziel, das Wohnen in Deutschland günstiger zu machen, habe der Grundsteuerkompromiss nichts zu tun. „Studenten, junge Familien und Rentner werden in Ballungsräumen besonders darunter leiden. Das ist absolut indiskutabel!“ **DK**

und zwar sowohl in funktionaler als auch in ästhetischer Hinsicht. Alle zwei Jahre vergibt das in Bamberg ansässige Bifada die Auszeichnung an herausragende studentische Arbeiten im Fach „Krankenhausbau und Bauten des Gesundheitswesens“.

Zur Umsetzung der Bayerischen Demenzstrategie trägt auch der vom bayerischen Gesundheitsministerium geförderte webgestützte Leitfaden zur alters- und demenzsensiblen Gestaltung von Krankenhäusern bei. Das deutschlandweit einzigartige Projekt liefert eine wissenschaftliche, systematische und umfassende Hilfestellung für Architekten, Bauträger und Entscheidungsträger. Der Leitfaden, der unter der Leitung der Ingenium-Stiftung und unter Mitwirkung des Bifada erarbeitet worden ist, wurde zu gleichen Teilen vom bayerischen Gesundheitsministerium und der Robert-Bosch-Stiftung mit jeweils rund 60.000 Euro gefördert. Er bietet eine Zusammenstellung baulicher Faktoren für eine alters- und demenzsensible Krankenhausarchitektur mit Lösungsansätzen für eine entsprechende Um- und Neugestaltung von Räumlichkeiten und Einrichtungen für Menschen mit Demenzerkrankungen.

Weitere Informationen:

www.demenz-im-krankenhaus-bayern.de sowie zur Bayerischen Demenzstrategie und weiteren Projekten unter www.leben-mit-demenz.bayern.de. **□**

Bayern und Bund erzielen Einigung beim Familiengeld

Der Freistaat Bayern und der Bund haben eine Einigung erzielt: Das bayerische Familiengeld wird von der Bundesverwaltung nicht mehr auf Leistungen der Grundversicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) angerechnet.

Damit kommt das bayerische Familiengeld auch bei allen einkommensschwächeren Familien an. Bayern wird dazu im Familiengeldgesetz ergänzend klarstellen, dass Familiengeld gezahlt wird, damit Eltern für eine förderliche frühkindliche Betreuung sorgen können. Damit erfüllt das Familiengeld künftig auch nach Auffassung des Bundes die schon heute im Bundesrecht vorgesehenen Voraussetzungen für eine Anrechnungsfreiheit.

Mit der Einigung wird im Interesse der Familien Rechtssicherheit geschaffen und die Ungleichbehandlung der Familien beendet. Es erhalten also nicht nur diejenigen das Familiengeld ohne Anrechnung, die in einer sog. Optionskommune leben, sondern alle vergleichbaren Familien in ganz Bayern. Die Änderung des Familiengeldgesetzes tritt rückwirkend in Kraft, sobald die Gesetzesänderung im Landtag beschlossen ist.

Der Bund hat zugesagt, dass die Jobcenter dann Nachzahlungen an die betroffenen Familien veranlassen werden. **□**

Kommunen müssen bei der Digitalisierung Fahrt aufnehmen

„Smart City Readiness Check“ vom Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und von TÜV Rheinland

Noch weit ist der Weg für Deutschlands Städte und Gemeinden, wenn es um den Umbau zu digitalen Städten und Regionen geht. Dies besagt der „Smart City Readiness Check“ vom Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und von TÜV Rheinland. Zugleich nutzen viele Kommunen die staatlichen Fördermöglichkeiten für den Ausbau im Bereich der Digitalisierung nicht konsequent genug. Dennoch sind Tendenzen zu einer Verbesserung der digitalen Angebote zu erkennen, wenn auch noch nicht flächendeckend.

Für die Studie wurden die 500 größten Städte und Kommunen in Deutschland einbezogen und unter anderem nach den Themen digitale Infrastruktur und eGovernance befragt. Mehr als jede fünfte Kommune nahm an der Befragung teil.

Ausbau der Netzinfrastruktur

Programme für den Breitbandausbau, öffentliches W-LAN, digitale Dokumentation der Infrastruktur für Telekommunikation – Kommunen in Deutschland haben viele Möglichkeiten, den Ausbau ihrer Netzinfrastruktur und somit die Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität vor Ort zu fördern.

Dennoch gibt fast jede fünfte Stadt oder Gemeinde an, noch über keine flächendeckende Versorgung mit einer leistungsstarken Breitbandinfrastruktur zu verfügen. Positiv ist, dass in mehr als 80 Prozent der Kommunen eine Leerrohrinfrastruktur bei Baumaßnahmen mit aufgebaut wird. Rund 70 Prozent aller befragten Städte und Gemein-

den planen derzeit neue Glasfaseranschlüsse bis ins Gebäude (FTTB – Fiber to the Building), vielerorts findet auch ein Ausbau auf Basis der Vectoring-Technologie statt.

Ein weiteres Ergebnis der Studie: Mehr als jede dritte Kommune gibt an, nicht an bundesweiten Programmen teilzunehmen, die den Breitbandausbau fördern. „Wenn eine Kommune die Fördergelder nicht abrufen, ist möglicherweise das Förderverfahren zu kompliziert. Dabei zahlen sich Investitionen in die digitale Infrastruktur auf die Dauer aus“, betont Gürkan Ünlü vom TÜV Rheinland. „Schließlich entscheidet eine gute digitale Infrastruktur aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen immer häufiger darüber, wie attraktiv ein Standort ist.“

Kein flächendeckendes öffentliches WLAN

Analog zum schleppenden Breitbandausbau gibt es derzeit in einem Großteil der an der Umfrage beteiligten Kommunen auch noch kein flächendecken-

des öffentliches WLAN. Bei der Umsetzung von Smart City-Infrastrukturen genießen die eigenen Stadtwerke bei den Kommunen mit Abstand das größte Vertrauen. Mehr als 80 Prozent der befragten Städte und Gemeinden geben an, die Stadtwerke mit dieser Aufgabe betrauen zu wollen, während große internationale Dienstleister nur für jede fünfte Kommune für diese Aufgabe in Frage kommen.

E-Governance

Stichwort eGovernance: Online-Verwaltungsleistungen sind für Bürger und Unternehmen von immer größerer Bedeutung. Fast drei Viertel der Bundesbürger würden gerne mehr Behördenengänge online abwickeln (Quelle: Civey). Doch damit tun sich die Städte und Gemeinden derzeit offenbar noch schwer. Knapp 30 Prozent der Befragten geben an, dass die eigene Kommune wenig oder keine Dienstleistungen als Service für Bürgerinnen und Bürger – beispielsweise die Beantragung von Reisepass, Personalausweis oder Anwohnerparkausweis – online anbietet.

Besonders Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohnern gehen derzeit nur recht eingeschränkt auf die digitalen Bedürfnisse ein. Schwierig stellt sich die Situation auch mit Blick auf die Angebote für Unternehmen dar. Mehr als die Hälfte der kleineren

Kommunen erklärt, wenig oder gar keine gewerblichen Services online anzubieten. Einen Gewerbeschein können Unternehmen beispielsweise erst in gut 15 Prozent der kleineren Kommunen online beantragen.

„Erlebnis der analogen Art“

„Für Start-up- Unternehmen und kleine Gewerbe ist die kommunale Verwaltung oft ein Erlebnis der ganz analogen Art“, stellt Alexander Handschuh, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Leiter des Innovators Club, fest. „Dies macht es für engagierte Gründer unnötig kompliziert, sich mit einem Unternehmen in einer der betroffenen Kommunen niederzulassen. Gerade innovative Unternehmen lassen sich dort nieder, wo man ‚digital‘ spricht. Insofern wirkt sich das Fehlen derartiger Angebote auf die Standortqualität aus“, so Handschuh.

Interne Verwaltungsabläufe

Auch mit Blick auf die Digitalisierung der internen Verwaltungsabläufe bleibt noch viel zu tun. Bevorzugtes Kommunikationsmittel innerhalb der Verwaltungen sind weiterhin Telefon und E-Mail. Weniger als die Hälfte der befragten Kommunen nutzt bereits Cloud-Lösungen für ihre Datenspeicherung.

Besonders im Bereich der Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind viele Städte und Gemeinden derzeit noch nicht gut aufgestellt. Drei Viertel aller befragten Kommunen geben an, dass sie digitale Weiterbildungsangebote nur unregelmäßig oder gar nicht anbieten. „Mit Blick auf die hohe Veränderungsgeschwindigkeit

AKDB:

Erste Kommunen in Bayern auf UTM umgestiegen

Zum Jahreswechsel hat die Bayerische Vermessungsverwaltung das Europäische Terrestrische Referenzsystem 1989 (ETRS89) erfolgreich eingeführt und auf UTM-Koordinaten umgestellt. Das neue amtliche Bezugs- und Abbildungssystem wird ab jetzt auch in ganz Deutschland verwendet. Schließlich braucht ein vereinigtes Europa gemeinsam nutzbare Geodaten.

Die Verwaltungsgemeinschaft Ebrach im Landkreis Bamberg ist der erste AKDB-Kunde, der umgestellt wurde. Das dortige Bauamt ist für das neue System gerüstet. Für Bauämter in Bayern bedeutet die Umstellung, dass alle Kanal- und Wassernetzdaten, Bauleitpläne, Baumkataster oder ältere Luftbilder in das neue Koordinatensystem umgerechnet werden müssen. Aber erst, wenn die Bayerische Vermessungsverwaltung die neuen ALKIS[®]-NAS-Daten im UTM-Format an die Kommunen ausgeliefert hat. Das wird Schritt für Schritt bis Ende Februar geschehen.

„Wir nutzen intensiv TERAWINEXP und haben deshalb mit der jüngsten Einspielung der ALKIS[®]-Daten auch gleich das Mo-

durch die Digitalisierung besteht hier dringender Handlungsbedarf, besonders im Bereich entsprechender Fortbildungsangebote“, betont Handschuh. Positiv sei hingegen zu bewerten, dass rund 40 Prozent der Städte und Gemeinden spezifische Informationen für ihre Bürgerinnen und Bürger in einer Geodateninfrastruktur aufbereiten. Dies zeige, dass hier bereits signifikante Fortschritte erzielt werden konnten. DK

dul ‚UTM-Transformation‘ installieren lassen. Mit der schnellen und reibungslosen Umstellung sind wir jetzt für die Zukunft gerüstet“, kommentiert Walter Hanslok, Geschäftsleiter der Verwaltungsgemeinschaft Ebrach, die Umstellung.

AKDB-Kunden auf der sicheren Seite

Für die Umstellung auf UTM brauchen AKDB-Kunden aktuelle Programmversionen des TERA Objektmanagers bzw. von TERAWIN und w³GIS/komGDI. Diese stehen im Kundenportal zum Download zur Verfügung. Danach können sie in Verbindung mit dem Modul „UTM-Transformation“ – und der amtlichen NTv2-Datei – bestehende Geodatenbestände in Katastergenauigkeit nach UTM umrechnen.

Kommunen, die TERA-Software aus dem Outsourcing-Rechenzentrum beziehen, müssen sich um nichts kümmern: Die Umstellung wird vom AKDB-Kundensupport automatisch in den nächsten Wochen ausgeführt. Wichtig ist, dass Baubehörden künftige Daten, etwa Kanaldaten, ab sofort schon im neuen UTM-Format von Planungs- oder Ingenieurbüros anfordern. □

Zukunftskongress Bayern

AKDB präsentiert Lösungen für eine digitale Heimat

Auf dem 5. Zukunftskongress Bayern, der in München unter dem Motto „Staat und Kommunen als digitale Heimat für Bürger und Wirtschaft“ stattfand, präsentierten AKDB-Experten zwei der wichtigsten Treiber bei der Digitalisierung kommunaler Verwaltungen: Online-Bürgerdienste und E-Rechnung.

In einem waren sich alle Referenten einig: Die Digitalisierung ist absolutes Zukunftsthema und eine Riesenchance, vor allem für den ländlichen Raum. Sie macht Bayern wettbewerbsfähig und bietet Bürgern und Wirtschaft auch im Netz eine digitale Heimat. Gerade durch das Onlinezugangsgesetz rücken Kommunen, die 90 Prozent der Verwaltungsleistung stemmen, als Hauptansprechpartner für Bürger und Unternehmen in den Fokus. „Unsere Wirtschaft, unser Wohlstand und unser demokratisches Miteinander hängen vom Gelingen der digitalen Transformation ab“, stellte die erste Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach in ihrer Keynote klar. Bayerische Kommunen würden zu digitalen Organisationen und digitale Prozesse beschleunigten die Organisationsentwicklung, so die Staatsministerin weiter.

Zwei entscheidende Treiber auf dem Weg in die Digitalisierung kommunaler Verwaltungsprozesse beleuchteten die Experten der AKDB: „E-Government“ und „E-Rechnung“. Online-Bürgerdienste und das E-Rechnungswesen – von der Antragstellung bis zum digitalen Archiv.

E-Government

Torsten Frenzel, Bereichsleiter Projektmanagement und DevOps im Geschäftsfeld eGovernment, machte sich in seinem Vortrag für den Ausbau von Online-Services stark und unterstrich, dass die AKDB die Anforderungen des OZG erfüllt. Er präsentierte die Vorteile eines einheitlichen Servicekontos mit Postfach sowohl für Bürger (Bürgerkonto) als auch für juristi-

sche Personen (Unternehmenskonto). Mit dem Servicekonto bietet die AKDB schon seit Jahren eine komplett digitale Infrastruktur, mit der Bürger eine Vielzahl von Online-Diensten nutzen könnten. Auch die Interoperabilität des Servicekontos, also ein einheitliches Nutzerkonto im OZG-Sinn, das für alle Online-Verwaltungsleistungen genutzt werden kann, sei bereits erfolgreich erprobt worden, so Frenzel.

E-Rechnung

Holger Gehringer, stellvertretender Leiter des Geschäftsfelds Finanzwesen bei der AKDB, hob hervor, dass die E-Rechnung, die nächstes Jahr für alle Kommunen Pflicht ist, nur Teil eines größeren Digitalisierungsprojekts sei. Er forderte Kommunen auf, ihre analogen Prozesse zu analysieren und zu straffen, bevor sie die E-Rechnung einführen. „Die E-Rechnung entfaltet erst mit einem digitalen Dokumenten-Managementsystem ihre ganze Wirkung“, so Gehringer. Die Vorteile ließen nicht lange auf sich warten: Schnellere, transparentere Prozesse und eine große Kosten- und Zeitersparnis seien das Ergebnis.

Weitere Schwerpunktthemen des Kongresses waren: Die IT-Sicherheit, die Optimierung von Verwaltungsprozessen, veränderte Anforderungen an die Qualifikation kommunaler Mitarbeiter, sowie der Einsatz neuer Technologien wie KI, Chatbots und der Blockchain. Der Kongress wurde von der Fachpublikation Behörden Spiegel ausgerichtet und ist eine Austauschplattform für aktuelle Entwicklungen in der Digitalisierung von Staat und Kommunen. □

HELDEN DER VERWALTUNG

Nº 01



Mission Gemeinwesen

Jeden Tag sind sie unermüdlich im Einsatz, sei es im Bürgerbüro, im Amt oder draußen bei Wind und Wetter – Helden der Verwaltung, die ihr Bestes geben, damit alles läuft, wie es soll: verlässlich, geregelt, digital. Zum Wohl von Gemeinwesen und Gesellschaft. Die AKDB unterstützt dabei durch ganzheitliche IT-Lösungen. Denn auch Helden brauchen Helfer.

Wer hat eigentlich gesagt, Verwaltung sei langweilig?

www.akdb.de



Europäischer Datenschutztag 2019:

DSGVO im Vordergrund

Am 13. Europäischen Datenschutztag, veranstaltet von der Datenschutzkonferenz (DSK), dem Gremium der unabhängigen deutschen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder, stand die seit 25. Mai 2018 geltende Datenschutz-Grundverordnung im Mittelpunkt. Unter dem Motto „Europäischer Datenschutz – Chance oder Risiko“ zeigten u.a. Erfahrungsberichte aus der Praxis auf, welche Bereiche des neuen Datenschutzrechts besonders herausfordernd waren und welche Lösungsansätze sich dabei bewährt haben.

Die DSGVO kommt langsam im Alltag von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden an, wenngleich noch nicht alle datenschutzrechtlichen Probleme gelöst sind. Die bei den deutschen Aufsichtsbehörden eingegangenen gut 27.000 Beschwerden und mehr als 12.000 gemeldeten Datenschutzverletzungen zeigen: Wirtschaft und Verwaltung stellen sich auf die Herausforderungen des neuen Rechts ein und die Menschen nehmen ihre Rechte selbstbewusst in Anspruch. Zugleich machen die Zahlen deutlich, dass noch viel zu tun ist.

Nach den Ausführungen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Ulrich Kelber, braucht Digitalisierung Vertrauen und Transparenz. Die Risiken der Bildung umfassender Profile, des Scorings oder der algorithmenbasierten Entscheidungen müssten deutlich stärker in den Fokus des Datenschutzrechts gerückt werden. Die-

se massiv in das Leben der Menschen eingreifenden vollständig automatisierten ablaufenden Prozesse müssten für die Menschen



Prof. Dr. Thomas Petri.

nachvollziehbar und in höchstem Maße transparent sein. Auf der anderen Seite sei die Kritik an einer wenig zielgerichteten Büro-

kratisierung ernst zu nehmen. Es gelte, genau hinzuschauen, an welchen Stellen die DSGVO entschlackt werden kann, ohne dabei den Datenschutz zu schwächen.

Unbegründete Ängste

Nach dem Eindruck des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, wurden im Vorfeld und zu Beginn der Geltung der DSGVO viele unbegründete Ängste geschürt. Jedenfalls sei im Jahr 2018 vor allem über bürokratische Lasten und drohende Bußgelder diskutiert worden, die mit der DSGVO einhergehen könnten. Dokumentationspflichten für ehrenamtlich geführte Vereine, das Abmordieren von Namensschildern an Türklingeln und das Nichtaufhängen von Kinderwünschen an örtlichen Weihnachtsbäumen bestimmten insoweit die Schlagzeilen.

Privatsphäre schützen

Nicht zuletzt der Datenklau, von dem kürzlich etwa tausend Personen des öffentlichen Lebens betroffen waren, hat laut Petri gezeigt, dass in den Diskussionen oft die eigentlichen Zielsetzungen der DSGVO aus dem Blick geraten waren – so etwa die Transparenz der

Verarbeitung für die betroffenen Menschen und die effektive Sicherung von IT-Systemen, die eine integrierte und vertrauliche Datenverarbeitung gewährleisten.

Ausblick auf 2019

Die DSGVO, so Petri, soll damit in erster Linie dazu beitragen, dass Europa die Chancen der Digitalisierung nutzen kann und gleichzeitig die Privatsphäre der Menschen effektiv schützt. Dazu habe das EU-Datenschutzrecht im Vergleich zum bisherigen deutschen Recht die Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten zwar teilweise abgesenkt. Im Gegenzug aber habe sie die Rechte der betroffenen Menschen gestärkt. „Im Jahr 2019“, so Petri abschließend, „sollten wir den Blick stärker darauf richten, wie die DSGVO die Rechte der Betroffenen stärkt und welche positiven Antworten sie auf die Herausforderungen der Zukunft geben kann“.

Heimatminister Füracker:

Gigabit-Pilotgemeinden starten Markterkundung

„Schnelles Internet wird noch schneller! Wir bringen noch mehr Glasfaseranschlüsse direkt bis in die Gebäude. Der flächendeckende Gigabit-Ausbau geht mit Vollgas weiter - und Bayern ist erneut Vorreiter“, freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Bayern hat in Europa die Tür zum nächsten Schritt des geförderten Gigabitbaus aufgestoßen. Nach der im Dezember 2018 erteilten Genehmigung der Europäischen Kommission zum geförderten Gigabit-Ausbau in sechs bayerischen Pilotkommunen starten diese bereits jetzt in die Markterkundung und befragen die Netzbetreiber zu ihren Ausbauplanungen. Soweit sich für die vorläufigen Erschließungsgebiete in

den Pilotkommunen kein Netzbetreiber findet, der den Gigabit-Ausbau eigenwirtschaftlich – ohne staatliche und kommunale Unterstützung – realisiert, wird der Freistaat Bayern auf Basis der neuen EU-Genehmigung fördern.

Die Dokumente zur Markterkundung sind auf den Internetseiten der Pilotkommunen veröffentlicht und zusätzlich auf der Webseite des bayerischen Breitbandzentrums unter www.schnelles-internet.bayern.de

gen geschaffen werden könnten.

Das die Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe in der DSGVO zu erheblichen Rechtsunsicherheiten bei den Handwerksunternehmen geführt habe, kritisierte Dr. Markus Peifer, Referatsleiter beim Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH). Er regte an, das „zu starre Regelungsgerüst“ aufzubrechen und beispielsweise weitere großabhängige Erleichterungen bei den Datenschutzpflichten zu entwickeln.

Martin Selmayr, Generalsekretär der Europäischen Kommission, hob nochmals das gesetzgeberische Ziel hervor, mit der DSGVO auf europäischer Ebene eine gleiche Effizienz bei der Anwendung und Vollzug der Datenschutzregeln sowie der Sanktionierung von Verstößen erreichen zu wollen. Wichtig sei es dabei, dieses Ziel gerade auch mit Blick auf die dezentrale Struktur der Aufsichtsbehörden flächendeckend sicherzustellen. **DK**

Digitalisierung und Intelligente Vernetzung

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Kommunen im Auftrag des BMWi

Im Zuge einer repräsentativen Umfrage hat die Initiative Stadt.Land.Digital die Digitalisierungsstrategien der Kommunen in Deutschland analysiert. Neben den Ergebnissen der Umfrage werden in der Studie auch einige Beispiele guter Praxis vorgestellt, die Modellcharakter für andere Kommunen haben können. Unterstützt wurde die Untersuchung von den kommunalen Spitzenverbänden.

Digitalisierung und Intelligente Vernetzung auf kommunaler Ebene haben große Fortschritte gemacht, lautet eine Kernaussage der Studie. 85 Prozent der befragten Städte und Gemeinden halten eine Digitalisierungsstrategie für sinnvoll, rund 60 Prozent planen, entwickeln oder haben bereits eine Strategie für den digitalen Wandel. 2015 lag der Anteil der digital affinen Kommunen noch bei 40 Prozent.

Zudem schließt sich die digitale Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland. Der Digitalisierungsgrad der Kommunen in den östlichen und westlichen Bundesländern hat sich im Vergleich zu 2015 angeglichen. Nahezu alle befragten Kommunen (97 Prozent) sehen den Schwerpunkt der Digitalisierung in ihrem „Kerngeschäft“, der öffentlichen Verwaltung. Doch immer mehr Städte und Gemeinden erkennen, dass auch die Handlungsfelder Mobilität, Bildung, Energie und Gesundheit in eine Digitalisierungsstrategie integriert werden sollten.

Fünf Cluster

Nach ihren Ambitionen bei der Gestaltung und Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategie sowie nach Einwohnerzahl lassen sich Kommunen fünf Clustern zuordnen: „Kleine digitale Vorreiter“, „Ambitionierte Großkommunen“, „Digitale Follower“, „Digitale Nachzügler“ und „Digitale Verweigerer“.

Die Motivation der Kommunen ist enorm hoch: 95 Prozent der Städte und Gemeinden, die eine Digitalisierungsstrategie konzipieren oder umsetzen, handeln aus Eigeninitiative. Die Kommunen versprechen sich von digitalen Angeboten eine höhere Attraktivität des Standorts, insbesondere für junge Menschen, Familien, Unternehmen sowie für Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer.

Städte und Gemeinden sehen die Digitalisierung darüber hinaus als zentrales Instrument, um Herausforderungen in unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu meistern. Bei der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften betrachten 90 Prozent der Befragten die Digitalisierung als wichtigen Hebel. Jeweils zwei Drittel der Befragten glauben, dass die Digitalisierung Probleme in den Bereichen Mobilität und Energie lösen oder zumindest verringern kann.

Einig waren sich die befragten Städte und Gemeinden auch darin, dass Kooperation die Erfolgsaussichten erhöht: Über 80 Prozent der kommunalen Digitalisierungsstrategien adressieren ausdrücklich die Kooperation mit benachbarten Städten und Gemeinden. Über ein Drittel der Befragten realisiert kommunenübergreifende Digitalisierungsprojekte

Fehlende Expertise

Als wichtigste Gründe für das Fehlen einer Digitalisierungsstrategie nennen die betroffenen Kommunen vor allem „fehlende Expertise“ und „mangelnde finanzielle Ressourcen“. Derzeit greifen rund drei Viertel der befragten Kommunen mit Digitalisierungsstrategie auf die Kompetenzen externer Berater zurück, insbesondere in den Feldern Technik und Konzepterstellung. Auch ortsansässige Unternehmen, das Land, der Bund, andere Kommunen, Kammern, Verbände, Vereine und Initiativen sind als Ratgeber gefragt.

Deutlich wurde auch, dass Kommunen sich mehr Unterstützung bei ihren Digitalisierungsstrategien wünschen. 88 Prozent der befragten Städte und Gemeinden erwarten vom jeweil-

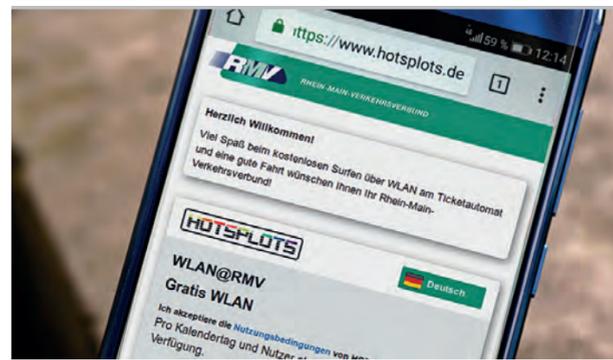
gen Bundesland Hilfestellung für die Digitalisierung und die Intelligente Vernetzung ihrer Kommune, 81 Prozent sehen hier den Bund in der Pflicht.

Laut Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, bieten Smart-City-Konzepte viel Potenzial. „Mit gezielt verknüpften Daten lassen sich schwierige Entscheidungen präziser treffen und hochkomplexe Prozesse besser steuern. Kommunen können ihr Service- und Dienstleistungsangebot für die Bürger weiterentwickeln und die Effizienz der Prozesse in der Verwaltung im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern steigern. Das sind einige der Herausforderungen, denen sich die Städte tagtäglich und in Zukunft stellen.“

Chance für die Landkreise

„Digitalisierung findet in Deutschland auch in den ländlichen Räumen statt, gerade dort ist der Mittelstand mit seinen vielen Hidden Champions angesiedelt“, unterstrich Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags. Seiner Ansicht nach „müssen wir wegkommen von dem zu engen Smart-City-Begriff. Digital werden neue Produktions- und Vertriebsmodelle möglich, die helfen können, Standortnachteile an anderer Stelle auszugleichen. Diese Entwicklung wird von den Landkreisen als große Chance begriffen.“

Nach den Worten von Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, wird die Digitalisierung Deutschland immens verändern. „Sie birgt aber gerade für Kommunen große Chancen. Fest steht, dass wir die Städte und Gemeinden brauchen, wenn wir die Digitalisierung zu einem Erfolg machen, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger steigern und den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken wollen.“ Städte und Gemeinden in Deutschland verfügten über das Potenzial und das Engagement, um die Digitalisierung zum Erfolg zu führen. **DK**



WLAN an RMV-Fahrtkartenautomaten.

Bild: RMV/Christof Mattes

HOTSPLOTS Telemetrie:

Ideale Ergänzung für ÖPNV- und Busbetreiber

HOTSPLOTS rüstet RMV-Ticketautomaten mit kostenfreiem WLAN aus

Seit Januar wird das kostenfreie WLAN-Angebot für Fahrgäste im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) ausgebaut: Die Berliner hotsplots GmbH rüstet im kompletten Tarifbereich mehr als 600 Ticketautomaten an den Haltestellen im RMV-Gebiet mit dem Service aus.

In Bussen und Bahnen des RMV sind die HOTSPLOTS WLAN-Lösungen bereits teilweise vorhanden oder werden aktuell ausgebaut. Mit der Anbindung der Ticketautomaten wird das Hotspot-Angebot im Gesamtnetz des RMV sehr stark erweitert.

Projektmanagement und Schulung

Bereits drei Wochen nach Zuschlagserteilung im Rahmen des Vergabeverfahrens konnte die Ausrüstung der ersten Automaten durch die hotsplots GmbH in Zusammenarbeit mit dem Automatendienstleister des RMV gestartet werden. Die einzelnen Hotspot-Zugänge werden über Router in den Ticketautomaten realisiert.

HOTSPLOTS übernimmt neben der Bereitstellung der Mobilfunk-

anbindung und des Hotspot-Betriebs auch das Projektmanagement und die Schulung der Techniker vor Ort. „Sich schnell über eine Verbindung informieren, online Fahrkarten kaufen und nach Lust und Laune im Netz surfen, solange man auf den Zug wartet - für den RMV ist WLAN an Haltestellen der nächste logische Schritt in Richtung eines digitalen Nahverkehrs“, erklärt Prof. Knut Ringat, Geschäftsführer des RMV. „Wir freuen uns, gemeinsam mit HOTSPLOTS unseren Fahrgästen an immer mehr Standorten kostenfreies WLAN zu bieten und so an vielen Orten einen Hotspot zu schaffen, wo es bisher keinen öffentlichen Internetzugang gibt.“

Die Pendler im RMV und Besucher der Region profitieren vom einfachen und kostenfreien Zugang ohne Registrierung. Insbe-

Vorbildliche Entscheidung

Die Europäische Kommission hatte kurz vor Weihnachten nach mehr als einhalb Jahren Prüfung den Antrag Bayerns auf einen staatlich geförderten Gigabit-Ausbau in „grauen NGA Flecken“ für sechs Pilotkommunen genehmigt. Die bayerische Pilotförderung soll nun dort wirken, wo zwar schnelles Internet vorhanden ist, aber noch keine Gigabitbandbreiten erreicht werden können und z. B. gewerbliche Nutzer einen besonderen hohen Bedarf haben. Auch private Nutzer profitieren von der Pilotförderung. Die EU-Kommission hat damit europaweit erstmals eine Förderung in Gebieten ermöglicht, die bereits über einen Breitband-, aber nicht über einen Gigabitanschluss verfügen.

Wie Staatsminister Füracker betonte, „ist diese Entscheidung nicht nur ein großer Erfolg für die bayerische Breitbandförderung, sie hat auch Vorbildcharakter für ganz Deutschland und alle EU-Mitgliedsstaaten.“ **DK**

sondere für die Pendler bietet der automatische Login einen hohen Mehrwert, da das Endgerät der Nutzer nach erstmaliger Verbindung mit dem Hotspot für die folgenden 7 Tage automatisch eingeloggt wird.

Jugendschutzfilter

Gemäß den Vorgaben des RMV wird das Datenvolumen für die Nutzer pro Kalendertag auf 100 MB begrenzt und zusätzlich ein Jugendschutzfilter an den Hotspots aktiviert.

Die HOTSPLOTS WLAN-Lösungen sind modular aufgebaut und können entsprechend den Kundenanforderungen flexibel kombiniert werden. Das Portfolio reicht dabei vom „klassischen“, rechtssicheren Gäste-WLAN mit unterschiedlichen Zugangs- und Reportingmöglichkeiten über die Bereitstellung von WLAN-Marketing-Funktionalitäten bis hin zur Integration von Mehrwerten wie touristischen Informationen, Zeitschriften und Entertainmentinhalten. **DK**

Weltpremiere bei Datenübertragung durch M-net und Nokia

Erstmals Übertragung von 500 Gigabit pro Sekunde über eine einzelne Wellenlänge in realer Umgebung

Der führende bayerische Glasfaseranbieter M-net hat im Rahmen eines gemeinsamen Feldtests mit Nokia erstmals eine Datenrate von 500 Gigabit pro Sekunde auf einer einzelnen Wellenlänge erzielt. Das gaben die beiden Unternehmen im Rahmen der Eröffnung der neuen M-net Zentrale in München im Beisein der Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach bekannt.

Die Datenübermittlung im Feldtest erfolgte unter Nutzung eines neuartigen Codierungsverfahrens basierend auf Forschungsarbeiten der TU München über Glasfaserleitungen auf einer Distanz von ca. 320 Kilometern. Im genutzten System kam dabei erstmals ein neuer, von Nokia entwickelter Signalprozessor zum Einsatz. Bei Ausnutzung der kompletten Kapazität sind so Bandbreiten von bis zu 76,8 Terabit pro Sekunde auf einer Glasfaser möglich. M-net kann mit dieser Technik zukünftig Back-

bone-Netze zur Verfügung stellen, die den hohen Anforderungen an die Übertragungsbandbreite im 5G-Zeitalter auch langfristig gerecht werden.

M-net und Nokia ist es erstmals gelungen, 500 Gigabit pro Sekunde über eine einzelne Wellenlänge des Lichts zu schicken. Die Freude bei beiden Unternehmen ist entsprechend groß. „Dieser Feldversuch und die erreichte Übertragungsgeschwindigkeit sind ein neuer Meilenstein auf dem Gebiet der optischen Hochgeschwindig-

keitsnetze“, so Dr. Hermann Rodler, Technischer Geschäftsführer bei M-net. „Wir unterstreichen damit ganz klar die Innovationskraft, die in M-net steckt. Unser Fokus war dabei schon immer auf die Glasfaser als leistungsstärkstes Übertragungsmedium der Welt gerichtet. Auf die Zusammenarbeit mit Nokia sind wir dabei sehr stolz. Das gewonnene technologische Know-how wird beiden Unternehmen dabei helfen, die eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeit erheblich voranzutreiben und die jeweilige Stellung als Technologieführer im Bereich der optischen Netze weiter auszubauen.“

Technische Grundlage für den Feldversuch zwischen dem neuen M-net Headquarter „M-Cube“ in München und einem M-net Be-

triebsraum in Regensburg war ein sogenanntes Dense Wavelength Division Multiplexing-System (DWDM-System). Es nutzt zur Datenübertragung Glasfaserleitungen und sorgt dafür, dass jede einzelne Wellenlänge im genutzten Spektralbereich zur Übermittlung von Informationen genutzt werden kann.

Die zur Übertragung im Glasfaserkabel verwendeten Wellenlängen liegen hier sehr dicht beieinander. Um die in diesem Feldversuch angestrebte Bandbreite zu ermöglichen, mussten die eingesetzten Systemkomponenten zum Übermitteln der Spektralfarben hohen Anforderungen entsprechen.

Wegweisende Technik von Nokia

Möglich machten diesen Rekord speziell für DWDM-Systeme entwickelte WDM-Komponenten von Nokia. M-net hat als erster Netzbetreiber weltweit den neuen Digitalen Signalprozessor (DSP) Photonic Service Engine 3s (PSE-3s) mit kohärenter Signalverarbeitung getestet. PSE-3s ermöglicht dank der intelligenten Signalverarbeitungstechnologie „Probabilistic Constellation Shaping“ (kurz PCS) eine sehr genaue Anpassung des optischen Signals an die vorherrschenden Übertragungsbedingungen. Dadurch ist es möglich, die Übertragungskapazität über jede Distanz zu optimieren. Die Übertragungsraten lässt sich mit dem eingesetzten System über kürzere Distanzen auf bis zu 600 Gigabit pro Sekunde je Wellenlänge steigern, was eine Gesamtübertragungskapazität von 76,8 Terabit pro Sekunde je Glasfaser ermöglicht.

M-net baut am Netz der Zukunft für Bayern

Die Leistung und Flexibilität des getesteten Systems ermöglichen es M-net, ein Backbone-Netz aufzubauen, das die massiven Anforderungen an die Übertragungsbandbreite und Latenz im 5G- und Industrie 4.0-Zeitalter bedienen kann. Die Bereitstellung der im Feldversuch genutzten Glasfasern auf der Teststrecke zwischen München und Regensburg erfolgt durch die GasLINE GmbH & Co. KG. Die genutzten Fasern bilden einen Teil des zukünftigen optischen Kernnetzes von M-net, dem Bayernern. Als einer von wenigen Anbietern in Deutschland betreibt M-net in weiten Teilen Bayerns eigene Glasfasernetze in einer besonders ausfallsicheren Ringstruktur. Dieses moderne Netzdesign verschafft dem Unternehmen Unabhängigkeit und Flexibilität in Produktentwicklung und Preisgestaltung. Vor allem bei Service, Geschwindigkeit und Verfügbarkeit hat M-net durch das eigene Netz eine weitgehende Unabhängigkeit von anderen Netzbetreibern geschaffen.

flächenmäßig eines der größten Deutschlands, wir sind geprägt vom ländlichen Raum.“ Mit Blick auf das erklärte politische Handlungsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse müsse das für Ostbayern heißen: Hier müssen die gleichen Anwendungen und Dienste wie im städtischen oder stadtnahen Umfeld funktionieren. „Wenn wir neue Formen der Mobilität mit Hilfe der 5G-Technologie in ganz Ostbayern wollen, dürfen sich die Versäumnisse der Vergangenheit nicht wiederholen“, fordert Haber. Wichtig sei zudem, dass in der Übergangszeit zu 5G die bestehenden LTE-Netze besser werden. Sie erleichtern den Handwerkern das Arbeiten von unterwegs tagtäglich.

Abilfe über ‚Roaming‘ schaffen

Schwachstellen bei den Ausbauplänen sieht die Handwerkskammer vor allem bei der weiterhin dominierenden Ausrichtung der Versorgungsaufgaben auf Privathaushalte. Störende Funklöcher, beispielsweise an Gewerbestandorten und Baustellen in gewisser Entfernung zu Wohngebieten, drohen damit weiterhin bestehen zu bleiben. „Darüber hinaus sind in Ostbayern aktuell Probleme bei der Mobilfunknutzung vorhanden, weil die Netzqualität stark anbieterabhängig ist“, erläutert Georg Haber. „Abhilfe über sogenanntes Roaming, also die gegenseitige Mitnutzung vorhandener Mobilfunkinfrastruktur, ist derzeit nicht zwingend vorgesehen, aber dringend erforderlich.“

Neue Sendemasten vonnöten

Um überhaupt Verbesserungen im Mobilfunkbereich zu erzielen, werden auch neue Sendemasten benötigt. Widerstände aus der Bevölkerung sowie lange Planungs- und Genehmigungsprozesse hemmen hier aus Sicht der Handwerkskammer seit Langem den Aufbau neuer Standorte. Die jetzt festgelegten Vorgaben sehen bis Ende 2022 deutschlandweit 1.000 neue 5G-Basisstationen sowie weitere 500 Basisstationen mit dem LTE-Standard in bisher unversorgten Regionen vor. Allein in Bayern sind bis 2020 mindestens 1.000 neue Sendestandorte geplant.

„Um diese ambitionierten, aber ebenso wichtigen Pläne umzusetzen, sind die Staatsregierung und die Kommunen aufgerufen, das neue bayerische Mobilfunk-Förderprogramm und das Mobilfunkzentrum zu einem ähnlichen Erfolgsmodell zu machen, wie es bereits beim kabelgebundenen Breitbandausbau mit gleichen Instrumenten gelungen ist“, so Haber.



Start frei für die Übertragung von 500 Gbit/s über eine einzelne Wellenlänge: Die M-net Geschäftsführer Nelson Killius und Dr. Hermann Rodler gemeinsam mit der Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach und Matthias Hahn von Nokia (v.l.).

Kostenloses Sicherheitspaket für Privatkunden

Als erster Provider in Deutschland bietet Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net seit Ende Januar 2019 ein umfassendes kostenloses Sicherheitspaket für Privatkunden. Realisiert wird das Angebot mit dem Partner F-Secure. Das Paket schützt die Daten, Privatsphäre und Identität des Nutzers bei Online-Aktivitäten.

Das neue M-net Sicherheitspaket ist eine Weiterentwicklung des bereits bestehenden Angebots, wobei der Funktionsumfang deutlich erweitert wurde. Die wichtigste Neuerung ist der Multi-Device-Schutz, das heißt die Software schützt nicht mehr nur Windows-PCs, sondern auch Mac-PCs und mobile Geräte (Android und iOS). Dank Multi-User-Fähigkeit können die Lizenzen nun auch von anderen Personen genutzt werden. Die Software wird wie bisher von der renommierten finnischen IT-Sicherheitsfirma F-Secure bereitgestellt und fortlaufend aktualisiert. Cloudbasierte Echtzeittechnologie schützt dabei wirksam vor Viren, Spionageprogrammen und anderen Bedrohungen, die Computer infizieren, die Identität des Nutzers missbrauchen und Daten beschädigen oder zwecks Lösegelderpressung verschlüsseln.

Neuer Banking-Schutz

Der neue Banking-Schutz macht insbesondere das Online-Banking noch sicherer. Eine Kindersicherung blockiert unangemessene Webseiten und schützt so vor unkontrollierter Onlinenutzung. Der Passwort-Manager ermöglicht auf Wunsch, persönliche Passwörter und Zugangsdaten sicher und zentral zu verwalten.

Das neue M-net Sicherheitspaket gibt es in vier verschiedenen Varianten, die privaten Neu- und Bestandskunden eines M-net Festnetzanschlusses zur Verfügung stehen. Das kostenfreie Basic-Paket umfasst Internet-Sicherheitsdienste für ein Gerät. Die Pakete S, M und L beinhalten Lizenzen für drei, sechs bzw. 15 Geräte zu einem mo-

natlichen Preis von 2,90 Euro (S), 4,90 Euro (M) bzw. 9,90 Euro (L). Damit ist das neue Sicherheitspaket auch für Familien mit mehreren PCs und Smartphones perfekt geeignet. Einrichten kann der Nutzer seine Geräte ganz einfach online über ein Sicherheitsportal. In den Versionen S, M und L ist außerdem ein Passwort-Manager enthalten. Die Sicherheitspakete haben keine Mindestvertragslaufzeit, können also jederzeit hinzugebucht und mit einer Frist von sechs Wochen wieder gekündigt werden.

„Mit unserem Sicherheitspaket geben wir jedem M-net Kunden die Möglichkeit, sich und seine Familie bei allen Online-Aktivitäten besser zu schützen“, sagt Dr. Wolfgang Wallauer, der Leiter des Privatkundengeschäfts bei M-net. „Dass wir als erster Internetanbieter jedem privaten Nutzer eine Softwarelizenz dauerhaft kostenlos zur Verfügung stellen, unterstreicht die Kundenorientierung, mit der wir uns von anderen Anbietern absetzen. Gerade als serviceorientierter Partner aus der Region für die Region wollen wir unseren Kunden neben dem Leistungsvorsprung unserer Glasfasernetze auch einen echten Service-Mehrwert bieten.“

Neukunden können das Sicherheitspaket während des Bestellprozesses mitbeauftragen. Bestandskunden haben die Möglichkeit, das Angebot anfangs im persönlichen Gespräch mit einem Kundenberater, später auch im Kundenportal zu bestellen. Bestandskunden mit dem bisherigen Sicherheitspaket werden automatisch auf das neue Angebot umgestellt, und das trotz deutlich erweitertem Leistungsumfang ohne zusätzliche Kosten.

Schnelle mobile Datennetze:

Ostbayerns Handwerk will zügigen Ausbau auch auf dem Land

Regensburg (obx). Bundesforschungsministerin Anja Karliczek zog im November den Unmut vieler Unternehmer und Politiker aus Deutschlands eher ländlichen Räumen auf sich. Sie sagte damals, den neuen super-schnellen Mobilfunkstandard 5G brauche man „nicht an jeder Milchkanne“ und meinte damit: Beim Ausbau der schnellen Netze auf dem Land könne man sich Zeit lassen. Auch in Ostbayern regt sich Widerstand gegen eine mögliche Benachteiligung der Regionen abseits der Metropolen. „Wir haben Bedenken, dass nicht alle Regionen in gleicher Weise profitieren“, sagt Dr. Georg Haber, Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz. Sie vertritt knapp 38.000 Betriebe mit rund 214.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von rund 38 Milliarden Euro.

Der neue 5G-Netzstandard soll das bisherige LTE-Netz ablösen. 2019 vergibt die Bundesregierung die entsprechenden neuen Mobilfunkfrequenzen. Sie sollen den Netzausbau in Deutschland weiter voranbringen. Die Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz fürchtet, Betriebe im ländlichen Raum könnten das Nachsehen haben. Das wäre aus Sicht des Handwerks fatal: „Der weitere Ausbau wird über die Zukunftschancen unserer Region mitentscheiden“, sagt Haber. Der neue Mobilfunkstandard 5G ermöglicht neue Anwendungen in der Wirtschaft und im Bereich der Mobilität -

mit einem enormen volkswirtschaftlichen Nutzen. „Wir erwarten durch diese neue Technologie Wachstum für jene Volkswirtschaften und Regionen, die in der Lage sind, diese Entwicklung entscheidend mitzugestalten.“

Für flächendeckende Versorgung

Aus diesem Grund ist aus Sicht der Handwerkskammer insbesondere ein Punkt im Koalitionsvertrag der Bundesregierung entscheidend: neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung. „Unser Kammergebiet ist

Datenschutzcheck des Bayerischen Landesamts für Datenschutzaufsicht:

Zahlreiche Defizite

Die Sicherheit eines Nutzerkontos – und somit auch der Schutz der digitalen Identität des Nutzers – hängt maßgeblich vom Nutzer selbst und dem Website-Betreiber ab. Während man einem Nutzer einfache Tipps mit auf den Weg geben kann, welche Maßnahmen er zum Schutz seiner Login-Daten ergreifen kann – z. B. ein starkes Passwort zu wählen und zusätzlich SMS-Codes für die Anmeldung zu verwenden –, stellt sich die Frage, wie es um die Sicherheit der Dienste bestellt ist.

Aus diesem Grund hatte sich das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA) als Aufsichtsbehörde am Safer Internet Day entschlossen, sich näher anzusehen, wie Website-Betreiber mit den Passwörtern ihrer Nutzer verfahren. 20 Online-Dienste, die in Deutschland sehr beliebt sind, wurden hierfür näher untersucht – von sozialen Netzwerken über Videostreaming-Portale bis hin zu Online-Shops.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Laut BayLDA werden bei keinem dieser Dienste starke Passwörter vom Nutzer gefordert; oft sind sogar sehr schwache Passwörter wie „123456“, „Passwort“ oder sogar „0000“ möglich. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen und Hilfestellungen zum Schutz des Accounts bietet zudem nur eine überschaubare Anzahl an Diensten an. Manche Prüfschritte, z. B. mit welchem Verfahren die Anbieter die Passwörter sicher aufbewahren, können allerdings nicht durch Online-Kontrollen

durchgeführt werden. Das BayLDA wird deshalb diese Punkte im Nachgang im schriftlichen Verfahren oder vor Ort bei den bayerischen Firmen untersuchen.

Darüber hinaus hat das BayLDA bei 40 großen bayerischen Anbietern untersucht, ob die Nutzer transparent über die Einbindung von Drittanbietern, insbesondere von Tracking-Tools, auf der Website informiert werden. Das Augenmerk lag dabei auch auf sog. Cookie-Banner, über die eine Einwilligung der Nutzer eingeholt werden soll. Auch hier war das Kontrollergebnis desolat: Die vorhandenen Cookie-Banner stören meist nicht nur die Benutzerfreundlichkeit der Dienste, sondern sind auch völlig wirkungslos im Schutz vor Tracking. Auf allen untersuchten Websites, die Cookie-Banner einsetzen, werden weder die Nachverfolgung der Website-Besucher unterbunden, noch die Anforderungen an eine zulässige Einwilligung nach der DSGVO erfüllt. **DK**

M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau@m-net.de

M-net Mein Netz

Kommunales GIS-Forum in Neu-Ulm:

Kommunale Selbstverwaltung heute

Über mögliche Wege in einer digitalen Welt diskutierten rund 100 Experten aus dem Geoinformationsumfeld (GIS) im Rahmen des Kommunalen GIS-Forums in Neu-Ulm. Eingeladen hatte der „Runde Tisch GIS e.V. unter dem Motto: „Kommunale Selbstverwaltung heute: Smart, digital, rechtssicher“.

Einigkeit bestand bei den Teilnehmern darin, dass die Digitalisierung ein wichtiges Werkzeug ist, um wachsenden Herausforderungen in Städten und Kommunen begegnen zu können. Gleichwohl dürften potenzielle Risiken nicht außer Acht gelassen werden, wie Daniel Kleffel, Präsident des Landesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) in Nürnberg, verdeutlichte. Die aktuelle Angriffswelle per Phishing-E-Mails mit Wordanhang ist aus seiner Sicht gefährlich, weil sie professionell gemacht ist und die Schadsoftware durch Makro in der Worddatei nachgeladen wird. Bayern habe es mittlerweile mit zahlreichen Vorfällen dieser Art zu tun, so der Präsident.

Wassersteuerung

Am Beispiel des Zugangs zu SCADA-Systemen in der Wassersteuerung über das Internet erläuterte Kleffel, wie leichtsinnig manche Betreiber vorgehen. Sieben bayerische Kommunalbetriebe seien bereits direkt vom LSI informiert worden, weil u.a. das Passwort und die Benutzerkennung identisch waren. Kleffel zufolge geht es vor allem darum, die Sensibilität der Mitarbeiter in den Organisationen zu schärfen, um Vorfälle zu vermeiden oder zumindest die Auswirkungen zu minimieren. Bayern nehme einen Sonderstatus ein, sei es doch das einzige Bundesland mit einem derartigen Landesamt.

Über neue Herausforderungen an den Datenschutz durch Smart Cities und autonomes Fahren informierte Corina Scheiter, Leiterin des Technischen Datenschutzes in der Geschäftsstelle des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz. Gefahren

und Probleme sieht sie durch die zunehmende Überwachung des öffentlichen und privaten Raums und damit einhergehend den Verlust der Anonymität und der (Entscheidungs-)Freiheit. Hinzu kämen Fragen nach der Beherrschung großer Datenmengen, falscher Korrelationen und zunehmender Angriffe auf die IT-Sicherheit. Je mehr vernetzt werde, umso mehr müsse man sich Gedanken über den Schutz machen.

Autonomes Fahren

Ähnliche Parameter bestehen nach Scheiters Auffassung beim Datenschutz des autonomen Fahrens. Zur Verbreitung von Überwachungstechnologien und dem Tracking gesellen sich nach Einschätzung der Expertin Verluste an Entscheidungsfreiheit und Anonymität. Wo ist die Grenze zwischen Freiheit und Sicherheit und wo die Grenze zwischen dem Individuum und der Allgemeinheit, lauteten die zentralen Fragen. Hierin schließe sich die Frage an: Ist es überhaupt möglich, angesichts der Komplexität die Kontrolle über seine Daten zu behalten, gerade in Zeiten von Big Data?

Scheiters zufolge will der Datenschutz den technischen Fortschritt nicht verhindern, jedoch gleichzeitig Rechte und Freiheiten des Einzelnen berücksichtigen wissen. Hierbei werde das Augenmerk vor allem auf die Fortentwicklung des Datenschutzes gelegt, der mit der technologischen Entwicklung Schritt halten müsse. IT-Sicherheit sei an dieser Stelle die Basis einer erfolgreichen Digitalisierung. Erforderlich seien vor allem praktikable Lösungen, wie eine vertrauenswürdig und zuverlässige, elektronische Kommunikation.

Enger fasste die Datenschutzbeauftragte des Landkreises Regensburg, Elisabeth Mayer, den Datenschutzbegriff am Beispiel der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). „Wenn wir von Datenschutz sprechen, dann sprechen wir von einem Grundrecht“, erklärte Mayer. Es sichere das Recht jedes Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung. Im Grunde gehe es immer um personenbezogene Daten, also alles was dazu geeignet ist, um eine Person zu identifizieren. „Damit geht es nicht um den Schutz der Daten, sondern um den Schutz der Menschen.“

Der einfache Grundsatz lautet: Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist verboten. Eine Rechtmäßigkeit der Verarbeitung setze die wirksame Einwilligung des Betroffenen voraus oder die Erforderlichkeit zu einer Vertragserfüllung. Auch bei Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, könnten personenbezogene Daten verarbeitet werden. Hierzu zählt nach Mayers Worten der Schutz lebenswichtiger Interessen, wie zum Beispiel im Katastrophenfall. Die Datenschutzbeauftragte ging auf die eigene Rolle ein und sieht die Aufgaben in der behördeninternen Kontrolle als eine Art Selbstkontrolle. Hinzu kommt die Fremdkontrolle durch Aufsichtsbehörden für den Datenschutz.

Wohnen und Verdichten

Mit Blick auf das Thema Wohnen und Verdichten präsentierten Experten aus unterschiedlichen GIS-Disziplinen ihre jeweiligen Herangehensweisen, Projekte und Lösungen im kommunalen Umfeld. Warum ein digitales Siedlungsmanagement zunehmend als Bereicherung angesehen wird, verdeutlichten Dr. Ulrich Huber und Dr. Markus Lemberger am praktischen Beispiel „Interkommunales Flächensparen – Digitales Siedlungsmanagement im Landkreis Cham“.

Wie Lemberger ausführte, sei Siedlungsmanagement im Landkreis Cham ein gutes Experimentierfeld. Immerhin herrsche dort Vollbeschäftigung und die Nähe zu Tschechien mache den Standort zusätzlich attraktiv. Um Flächen besser nutzen und lokalisieren zu können, verfolgte der Landkreis Cham die Idee eines Tools zum Siedlungsentwicklungs- und Leerstandsmanagement. Damit verbinden die Verantwortlichen den Wunsch nach einer aktiven Vermarktung von Leerständen durch die Kommunen und der Implementierung von Lösungsvorschlägen.

Zudem sollte das System in das bestehende GIS des Landkreises und in das Behördennetz eingebunden werden, betonten Huber und Lemberger. Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, waren die beteiligten Stellen kreisangehörige Kommunen, ein externer Planer und Dienstleister sowie das Geoinformationssystem und Regionalmanagement des Landkreises.

Workforce for ArcGIS

Der Workflow reicht von der GIS-Berechnung des Leerstands und Überprüfung bis zur Leerstandserfassung im Außendienst über das Erstellen von Leerstands-Exposés bis hin zur anschließenden Vermarktung. Um Objekte zielgerichtet zu finden, stellt für die beiden Landkreisvertreter vor allem „Workforce for ArcGIS“ eine wesentliche Unterstützung im kompletten Außendienst dar. Den Teams vor Ort komme zugute, dass Leerstände direkt via IOS-Apps erfasst und eine direkte Rückmeldung des Auftragsstatus erfolgen kann.

Neben Adresse und Gebäudetyp lassen sich das Alter des Gebäudes, der Zustand sowie ein Foto aufnehmen. Weitere Analysemöglichkeiten ergeben sich durch die Bestimmung leerstandsgefährdeter Wohngebäude mit Einwohnern, die ausschließlich über 75 Jahre alt sind, oder die Analyse baurichtlicher Aspekte.

Mithilfe des neuen Tools stellen Huber und Lemberger ihr Zwischenergebnis vor. Demnach stehen im Landkreis Cham rund 1.500 Gebäude leer (4,1 Prozent) und in rund 2.600 Gebäuden wohnen aktuell ausschließlich Menschen, die über 75 Jahre alt sind (7,1 Prozent). Als notwendig werden nunmehr die Erweiterung des Tools um ein Baulücken-Kataster, die Integration von Immobilien-Exposés und ein landkreisweites Vermarktungskonzept erachtet. **DK**

Sicherer Messenger für die bayerischen Landräte

Von Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Die 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte können künftig mobil sicher und datenschutzkonform miteinander kommunizieren. Der Bayerische Landkreistag stellt hierzu in Kooperation mit der Deutschen Post mit „SIMSme Business“ einen sicheren Messenger für den kollegialen Austausch von Nachrichten zur Verfügung.

SIMSme Business deckt alle wesentlichen Funktionen eines Messengers ab (Einzel- und Gruppenchats, Übermitteln von Dateien etc.) und erfüllt dabei zugleich hohe Anforderungen an die Sicherheit und den Datenschutz. So werden im Gegensatz zu anderen Messengern (z. B. WhatsApp) keine Daten aus dem Mobiltelefon-Adressbuch in datenschutzrechtlich bedenklicher Weise in eine Cloud hochgeladen. Überdies werden sämtliche Nachrichten Ende-zu-Ende verschlüsselt. Diese Technologie stellt sicher, dass Nachrichten auf dem Übertragungsweg vom Smartphone des Senders bis zum Smartphone des Empfängers verschlüsselt transportiert werden. So können die Nachrichten auch nicht auf den Servern der Deutschen Post entschlüsselt werden.

SIMSme Business funktioniert auf allen gängigen mobilen Endgeräten (iPhones, iPads, Android-Smartphones und -Tablets) und bietet mit dem sog. Web Messenger auch eine sichere Kommunikationsmöglichkeit für den Büro-Arbeitsplatz. Der Messenger kann auch gleichzeitig auf verschiedenen Endgeräten eingesetzt werden (z. B. iPhone und iPad). In diesem Fall werden alle Chats, Daten und Kontakte laufend miteinander synchronisiert, so dass die Geräte immer auf dem gleichen Stand sind. Der nunmehr allen Landrätinnen und Landräten zur Verfügung gestellte Messenger hatte sich zuvor im Rahmen eines 18-monatigen Pilotbetriebs bewährt.

Datenschutz und Datensicherheit

Bei der Entwicklung der App wurde besonderer Wert auf Datensicherheit und Datenschutz gelegt. Die Nutzerdaten werden streng nach der EU-Datenschutzgrundverordnung und deutschem Datenschutzrecht verarbeitet. Die Kommunikation zwischen Nutzern der App läuft ausschließlich über Server in Deutschland. Eine vollständige Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sorgt für höchste Sicherheit: Damit der Empfänger die Nachricht lesen kann, benötigt er den entsprechenden Schlüssel, der im RSA-2048-Verfahren asym-

metrisch für jeden Empfänger der Nachricht einzeln generiert und verschickt wird.

Bei dieser Vorgehensweise kommt ein öffentlicher Schlüssel zum Verschlüsseln und ein privater Schlüssel zum Entschlüsseln zum Einsatz – wobei letzterer niemals das Smartphone des Besitzers verlässt und nur lokal gespeichert wird. Selbstverständlich sind auch die Sender- und Empfänger-Informationen verschlüsselt. Die Nutzer der App können daher darauf vertrauen, dass ihre Nachrichten nicht von Dritten unbefugt mitgelesen werden. Eine weitere Besonderheit ist, dass der eingesetzte sichere Messenger nur einem geschlossenen Benutzerkreis zugänglich ist, der vom Bayerischen Landkreistag zentral verwaltet wird.

Funktionen des Messengers

Trotz der hohen Sicherheit unterscheidet sich der Funktionsumfang des Messengers nicht von anderen Kurznachrichtendiensten. Die wesentlichen Funktionen sind:

- Sichere mobile Kommunikation sowohl in Einzel- als auch in Gruppenchats.
- Übermittlung von Fotos, Audio- und Videoaufnahmen, Ortsinformationen, Kontaktdaten und Office- oder anderen Dateien.
- Automatische Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sämtlicher Nachrichten.
- Der Zugriff auf die App kann mit einem Passwort geschützt werden.
- Besonders vertrauliche Nachrichten können bei Bedarf mit einer „Selbstzerstörungsfunktion“ versehen werden. Diese Nachrichten verschwinden automatisch zum gewünschten Zeitpunkt.

Mobile Kommunikation wird zum Standard

Mit der zunehmenden Verbreitung von Smartphones wird auch das Kommunikationsverhalten mobiler. Nach den Ergebnissen einer im Mai 2018 veröffentlichten, repräsentativen Studie im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, bei der 1.212 Internetnutzer ab 14 Jahren befragt wurden, nutzen inzwischen neun von zehn Internetnutzern (89 Prozent) entsprechende Messengerdienste. Bei den Jüngeren zwischen 14 und 29 Jahren ist es nahezu jeder (98 Prozent), bei den 30- bis 49-Jährigen sind es 94 Prozent, bei den 50- bis 64-Jährigen 81 Prozent und bei der Generation 65 Plus sind es immer noch 70 Prozent.

90 Prozent ist der datenschutzrechtliche Umgang mit ihren persönlichen Daten wichtig und 87 Prozent die Datensicherheit der Kommunikation, etwa durch eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.

Dieses veränderte Kommunikationsverhalten ist nicht nur auf den privaten Bereich beschränkt, sondern beeinflusst auch die Kommunikation im öffentlichen Bereich bzw. in Unternehmen. Mit der Bereitstellung des sicheren Messengers greift der Bayerische Landkreistag diese Entwicklung auf und trägt zugleich den hohen Anforderungen an die Datensicherheit und den Datenschutz im öffentlichen Bereich Rechnung. Mit der Deutschen Post konnte ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner für die Entwicklung der App gefunden werden. **□**

Huml will IT-Sicherheit in Krankenhäusern stärken

Gesundheitsministerin Melanie Huml will die IT-Sicherheit an den Krankenhäusern im Freistaat deutlich stärken. „Krankenhäuser müssen sich nicht zuletzt zum Schutz der Patientinnen und Patienten gegen Angriffe von außen auf ihre digitale Infrastruktur wappnen. Deshalb unterstützen wir sie bei der IT-Sicherheit mit dem Projekt ‚Smart Hospital‘, das wir mit 533.000 Euro fördern“, betonte Huml.

Die Ministerin erläuterte: „Das Projekt ist Teil der Digitalisierungs-offensive der Staatsregierung. Es läuft seit Oktober 2018 an der Universität der Bundeswehr München. Mit dem Projekt wollen wir konkrete Vorschläge erarbeiten, wie Krankenhäuser der verschiedenen Versorgungsstufen eine optimale interne IT-Infrastruktur aufbauen können. Diesen Maßnahmenkatalog wollen wir dann allen Krankenhäusern als Leitfaden zur Verfügung stellen.“

Mit dem Projekt „Smart Hospital – Sichere Digitalisierung bayerischer Krankenhäuser“, das von Oktober 2018 bis September 2021 läuft, sollen zunächst der aktuelle Stand und mögliche Schwachstellen im Bereich der Digitalisierung und IT-Sicherheit in den bayerischen Krankenhäusern flächendeckend erfasst werden. Auf dieser Grundlage können dann Verbesserungspotenziale analysiert werden.

Untersucht wird im Rahmen des Projektes auch, in welchen Bereichen die Digitalisierung absehbar weitere Angriffsziele bieten wird – etwa durch die verstärkte Nutzung

mobiler Endgeräte auf den Krankenhausstationen oder die digitale Fernunterstützung durch Experten in den Operationssälen. Ein IT-Risiko können künftig aber auch die in die Krankenhäuser mitgeführten Datenträger von Patienten mit ihren gespeicherten Gesundheitsdaten darstellen. Hier geht es darum zu ermitteln, wie diese Bereiche möglichst im Vorfeld bereits geschützt werden können.

Digitalisierung bietet enorme Potenziale

Huml unterstrich: „Die bestehenden technischen Möglichkeiten im Bereich der Digitalisierung bieten enorme Potentiale für die Krankenhäuser. Dies gilt sowohl für die Patientenversorgung als auch für die internen Abläufe. Zugleich steigt die Tendenz hin zu vernetzten Strukturen und zur Nutzung mobiler Endgeräte. Auch diese Entwicklungen bringen neue Risiken und Anforderungen mit sich, denen sich alle Krankenhäuser stellen müssen.“

Die Ministerin ergänzte: „Tech-

nische Störungen und Ausfälle, die durch IT-Sicherheitsvorfälle ausgelöst werden, können wichtige medizinische Eingriffe verzögern oder gar zu lebensgefährlichen Situationen für die Patienten führen. Auch können sie hohe Kosten für den Wiederanlauf des Regelbetriebs nach sich ziehen. Bezogen auf den Datenschutz besteht die Gefahr der widerrechtlichen Aneignung hochsensibler Daten über Patienten und Betriebsinterna durch unbefugte Dritte. Deshalb muss die IT-Sicherheit in Krankenhäusern weiter verbessert werden.“

Huml fügte hinzu: „Um die Krankenhäuser dabei zu unterstützen, hat Bayern zudem die Förderpauschalen zur Modernisierung der medizinischen und technischen Ausstattung der Krankenhäuser um 50 Millionen Euro jährlich erhöht. Dies geschah nicht zuletzt darum, damit die Krankenhausträger notwendige Maßnahmen im Bereich IT-Sicherheit leichter umsetzen können. Im Gegensatz dazu hat der Bund bisher nicht auf diese Bundesmittel keine spürbaren Impulse für die Verbesserung der IT-Sicherheit erwartet werden.“ **□**

Am 12. und 13. März 2019 an der TU München:

Weiterbildungskurs Geodatenbanken

Nicht zuletzt durch die globale Vernetzung und den weiter steigenden Bedarf an der Nutzung von Geodaten erlangen Geodatenbanken eine immer größere Bedeutung. Neue Anwendungsbereiche sind beispielsweise mobile Applikationen, 3D-Gebäudeinformationsmodelle, 3D-Untergrundmodellierung oder die Verwaltung von 3D-Laserscanning-Daten.

Der Kurs „Geodatenbanken“ der Runde Tisch GIS e.V. wird nach einem Überblick in den Stand der Technik gängiger Geodatenbanksysteme in dieses Fachgebiet einführen. Dabei wird insbesondere auf die Modellierung und das Management von Geodaten eingegangen: Geodatenmodelle und die Indexierung von Geodaten werden ausführlich behandelt. Abschließend wird in 3D-Geodatenbanken eingeführt und auf die besonderen Anforderungen eingegangen.

Am zweiten Tag werden von den Kursteilnehmern direkt am Rechner („hands-on“) besondere Aspekte aus der Praxis der Geodatenbanksysteme am Beispiel von PostGIS behandelt. Insbesondere werden die Dateneingabe, das Management und die Analyse von Geodaten ausführlich besprochen. Die Zielgruppe des Kurses umfasst Personen, die unterschiedliche Datenformate nutzen und verarbeiten möchten.

Weitere Infos und die Anmeldung gibt es unter <https://rundetischgis.de/veranstaltungen/weiterbildungskurse/644-geodatenbanken2019.html> **□**

Glasfaser bis ins Haus

LEW erschließt acht Pilotkommunen in Bayerisch-Schwaben flächendeckend mit Glasfaser

Nach einer rund drei Monate dauernden Vorvermarktungsphase steht fest: Die LEW-Gruppe wird mit ihrem Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet acht Pilotkommunen in den Landkreisen Augsburg, Günzburg, Landsberg und Unterallgäu flächendeckend mit Glasfaser erschließen. Ausgehend vom eigenen, rund 3.000 Kilometer langen Glasfasernetz, das die LEW-Gruppe in der Region betreibt, werden dafür Glasfaserleitungen neu an alle Grundstücke in den Kommunen verlegt.

Bei allen Haushalten, die während der Vorvermarktungsphase LEW Highspeed verbindlich gebucht haben, wird die Glasfaserleitung kostenfrei bis ins Gebäude verlegt. Die Tiefbauarbeiten für die Glasfasernetze in den acht Kommunen starten 2019, sobald es die Witterung zulässt.

Die Inbetriebnahme der einzelnen Netze erfolgt schrittweise nach Baufortschritt, voraussichtlich ab der zweiten Jahreshälfte 2019. Durch die direkte Anbindung mit Glasfaser stehen den angeschlossenen Haushalten Produkte mit einer Übertragungskapazität von bis zu 1

Gbit/s zur Verfügung. Neben dem Internetzugang gibt es mit LEW Highspeed auch Telefonie und Fernsehen über Glasfaser.

Diverse Pakete im Angebot

Die acht Pilotkommunen, in denen LEW nun mit dem Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes beginnt, sind die Marktgemeinde Thierhaupten im Landkreis Augsburg, die Gemeinden Bubesheim, Kötz und Rettenbach im Landkreis Günzburg, die Gemeinden Egling und Prittriching im Landkreis Landsberg, die Gemeinde Rammingen und

die Marktgemeinde Türkheim im Landkreis Unterallgäu. Die Kunden können bei LEW Highspeed zwischen einer Reihe verschiedener Internet-, Telefonie- und IPTV-Pakete wählen – bis hin zur echten 1-Gigabit-Flatrate. Triple Play, also Surfen, Telefonieren und das Streamen von TV über Glasfaser, wird dann auf mehreren Geräten gleichzeitig möglich sein. Internetzugänge beginnen bei einer Übertragungskapazität von 100 Mbit/s im Download und 50 Mbit/s im Upload.

Details zu den Angeboten gibt es unter [www.lew-high-speed.de](http://www.lew-highspeed.de). Dort können sich Interessenten informieren, prüfen, ob ihre Adresse im Ausbaubereich liegt, und die Produkte buchen. Das Team von LEW Highspeed steht auch unter der gebührenfreien Telefonnummer 0800-5390001 für weitere Informationen zur Verfügung.

Mineralische Bauabfälle:

Rund 90 Prozent werden weiterhin umweltverträglich verwertet

„Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und die Umsetzung der Energiewende sind zentrale Aufgaben der Bundesregierung, die ohne eine leistungsfähige Baustoff-, Bau- und Entsorgungsbranche nicht zu bewältigen sind. Auch aufgrund der von der Bundesregierung geschaffenen Rahmenbedingungen konnte die Initiative Kreislaufwirtschaft Bau ihre Erfolgsgeschichte fortschreiben und die europäischen Verwertungsziele bereits heute weit übertreffen“, erklärte Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, bei der Entgegennahme des Monitoring-Berichts „Mineralische Bauabfälle“ in Berlin.

Seit 1996 veröffentlicht die Initiative Kreislaufwirtschaft Bau im Zweijahresturnus Monitoring-Berichte mit den Daten zum Aufkommen und zum Verbleib mineralischer Bauabfälle. Der aktuelle und inzwischen 11. Bericht basiert auf den amtlichen Daten des Jahres 2016 und enthält auch eine Übersicht über die Entwicklung der mineralischen Bauabfallströme in den vergangenen 22 Jahren.

„Mineralische Bauabfälle werden heute nahezu vollständig verwertet und im Stoffkreislauf gehalten. Dadurch werden Deponien entlastet und Primärrohstoffe geschont. Über 12 Prozent des Bedarfs an Gesteinskörnungen werden inzwischen durch Recycling-Baustoffe gedeckt“, erläuterte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden, Michael Basten. „Von den rund 215 Mio. Tonnen mineralischen Bauabfällen, die 2016 anfielen, wurden etwa 193 Mio. Tonnen bzw. rund 90 Prozent einer umweltverträglichen Verwertung zugeführt. Die Verwer-

tungsquote von insgesamt 95 Prozent bei den Fraktionen ohne Bodenaushub verdeutlicht, dass der Baustoffkreislauf fast vollständig geschlossen werden konnte.“

Vorbildlicher Beitrag zum Ressourcenschutz

„Unsere Unternehmen leisten unter anderem im Infrastrukturbereich einen vorbildlichen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft und zum Ressourcenschutz. Im Straßenbau wird das Aufbruchmaterial nahezu vollständig verwertet. Über 95 Prozent davon werden ortsnah recycelt und dann als Baumaterial wieder verwendet. Unsere Unternehmen haben mit großem Erfolg in innovativen Gewinnungs- und Recyclingtechnologien investiert“, begründete Dieter Babel, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, die aktuellen Verwertungserfolge.

„Dabei können wir im Ergebnis unserer langjährigen Erfahrung feststellen, dass güteüberwachte Recycling-Baustoffe und Böden,

die einer umfangreichen Kontrolle zur Einhaltung der bautechnischen und umweltrechtlichen Anforderungen unterliegen, nicht nur Primärbaustoffe ersetzen können, sondern auch in keinem Fall zu einer schädlichen Veränderung von Boden oder Grundwasser geführt haben“, erläuterte Christine Buddenbohm, Geschäftsführerin der Bundesgütegemeinschaft Recycling-Baustoffe.

Die Mantelverordnung, die seit Mai 2017 als Regierungsentwurf vorliegt, sehen die Verbände als Chance zur Schaffung bundeseinheitlicher Verwertungsregeln gegenüber einem zerstückelten Regelwerk auf Länderebene. „Es ist wichtig, die bundeseinheitliche Verordnung jetzt auf den Weg zu bringen, denn die bisherigen Technischen Regeln der LAGA haben keinen rechtsverbindlichen Status und die bestehenden Bundesregelungen sind für den Vollzug zu allgemein gefasst“, erklärte Peter Kurth, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft.

„Die Kabinettsfassung der Mantelverordnung enthält allerdings auch einige kritische Punkte. Auch wenn inzwischen viele von der Wirtschaft aufgezeigte Probleme aufgegriffen und gelöst worden sind, bedarf es weiterer Änderungen“, bilanzierte Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes. „So muss auch diskutiert werden, ob sich der prognostizierte, deutlich steigende Anteil zu deponierender Bauabfälle nicht kontraproduktiv auswirkt“, forderte Andreas Pocha, Geschäftsführer des Deutschen Abbruchverbandes. „Hierzu bedarf es nicht nur überschneidungsfrei abgegrenzter Regelungen zum Produktrecht, sondern auch Öffnungsklauseln bei der Verfüllung von Abgrabungen“, ergänzte Michael Basten.

„Wir setzen nun darauf, dass die Verordnung in 2019 im parlamentarischen Verfahren angepasst und dann verabschiedet wird. Die Unternehmen benötigen praktikable und widerspruchsfreie Regelungen sowie eine klare Zuweisung der abfallrechtlichen Verantwortlichkeiten“, forderte Michael Stoll, Vorsitzender der Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe. „Wir brauchen ein Regelwerk, das die Akzeptanz von Sekundärrohstoffen stärkt, das Bauen nicht verteuert und die Problematik der bereits bestehenden Kapazitätsengpässe bei Deponien nicht weiter verschärft.“

„Seit vielen Jahren setzen wir bereits sehr erfolgreich Breitbandprojekte um und betreiben mittlerweile das größte regionale Glasfasernetz zwischen Donauwörth und Schongau. Nun geht die LEW-Gruppe den nächsten Schritt: Wir bauen in acht Kommunen flächendeckend Glasfaser aus und bieten darüber den Haushalten die Produkte von LEW Highspeed an“, erklärt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Mit LEW haben Bürger und Kommunen einen verlässlichen Partner an der Seite, der Strom, Gas, Wärme und Glasfaser aus einer Hand liefert.“



Mit der symbolischen Glasfaser in die Internetzukunft: LEW TelNet-Geschäftsführer Rainer Müller, Eglings Bürgermeister Ferdinand Holzer, Walter Sauter, Bürgermeister von Bubesheim, Peter Ditsch, Bürgermeister von Prittriching, Rettenbachs Bürgermeisterin Sandra Dietrich-Kast, Ernst Walter, Bürgermeister von Kötz, Türkheims Bürgermeister Christian Kähler, Rammingens Bürgermeister Anton Schewe, Stefan Edtbauer, Projektleiter LEW Highspeed, Thierhauptens Bürgermeister Anton Bugger und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann (v.l.).

Bild: LEW/Bleier

Kommunen auf der sicheren Seite

„Ein Glasfaseranschluss bis ins Haus ist die zukunftssichere Anbindung an das Internet. Egal, wie stark der Bandbreitenbedarf in Zukunft noch ansteigt – damit sind Haushalte und Kommunen auf der sicheren Seite“, sagt Rainer Müller, Geschäftsführer von LEW TelNet. „Bürger und Gemeinden haben die große Chance erkannt. Vor Ort haben wir in den letzten Monaten große Unterstützung erfahren. Wir freuen uns sehr, dass wir nun in die Umsetzung gehen können.“

Nach dem erfolgreichen Start in den acht Pilotkommunen prüft LEW nun das weitere Vorgehen für künftige Glasfasererschließungen von Kommunen in der Region mit LEW Highspeed. Insgesamt hatte LEW in neun Pilotkommunen für die Umsetzung von LEW Highspeed geworben. Nicht zum Zug beim Glasfaserausbau kommt die Gemeinde Dürrlaingen im Landkreis Günzburg. Hier hatte die Resonanz deutlich unter der geforderten Beteiligungsquote von 35 Prozent in der Vorvermarktung gelegen. □

Umweltminister Glauber:

App „umweltinfo“ warnt vor Lawinen und Hochwasser

Angesichts der extremen Wetterverhältnisse in Südbayern und vor allem im Alpenraum wirbt Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber auch für eine individuelle Vorsorge. Dafür stellt das Umweltministerium die kostenlose App „umweltinfo“ zur Verfügung.

Glauber: „Die App ist eine digitale Alarmanlage für die Hosentasche. Wir stärken damit die Bürger beim persönlichen Schutz gegen Naturgefahren. Wintersportler und alle, die sich in den Bergen aufhalten, sollten sich gut informieren, die Schneegefahren ernst nehmen und unbedingt gefährliche Gebiete meiden.“ Mit der App kann sich jeder Bürger in Bayern über

Naturgefahren wie Lawinen oder Hochwasser informieren. Die „umweltinfo“-App übermittelt entsprechende Informationen und Warnungen außerdem in Echtzeit per Push-Mitteilung.

Die App „umweltinfo“ steht in den AppStores für iOS und Android kostenlos zum Download bereit.

Weitere Informationen unter www.naturgefahren.bayern.de

Das Verpackungsgesetz ist in Kraft getreten:

Mehr Transparenz und Recycling

Seit 1. Januar gelten für die Verpackungsentsorgung in Deutschland weitreichende neue Regeln. So müssen deutlich mehr Verpackungen recycelt werden. Neue Standards legen fest, inwieweit eine Verpackung tatsächlich recyclingfähig ist. Zudem wird sichergestellt, dass alle Unternehmen, die Verpackungen einsetzen, auch für deren Sammlung und Recycling bezahlen. Die Grundlagen dafür schafft das neue Verpackungsgesetz.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Wir wollen, dass die Wirtschaft umfassend darüber nachdenkt, welche Verpackungen wirklich notwendig sind und welche Materialien umweltschonend zum Einsatz kommen. Das funktioniert besonders gut, wenn umweltschädliches Verhalten teurer und umweltfreundliches Verhalten belohnt wird. Da setzt das Verpackungsgesetz an. Weniger Verpackungen, diese aber besser recycelbar – das ist das Ziel.“

Eine große Neuerung des Verpackungsgesetzes ist die Stiftung „Zentrale Stelle Verpackungsregister“. Sie ist seit Jahresanfang

als Behörde tätig und soll Transparenz und Kontrolle beim Einsatz und der Entsorgung von Verpackungen verbessern. Schulze: „Wer seinen Müll umweltbewusst trennt, muss sich auch sicher sein können, dass die Verpackungen tatsächlich recycelt werden. Nur so schafft man Vertrauen in unser Recyclingsystem. Dafür leistet die Zentrale Stelle einen großen Beitrag.“

Bis heute haben sich 130.000 Unternehmen im Verpackungsregister LUCID registriert. Damit sind 70.000 Unternehmen mehr registriert als dies bisher bei den dualen Systemen der Fall war. □

Kommunalforum Alpenraum

Strategien gegen Arbeitskräftemangel in den Gemeinden

14. März 2019, Innovationszentrum Kundl

Anmeldung unter: www.kommunalforum-alpenraum.eu



Lindner
 DAKA
 Oberösterreichischer Gemeindebund
 FORUM LAND
 HASIBEDER
 Tiroler Tageszeitung
 BAUHOFF ONLINE DE
 GEMEINDEZEITUNG

Landkreis Passau:

Auf dem Weg zur global nachhaltigen Region

Auftaktveranstaltung zur Nachhaltigkeitsstrategie mit Staatsminister a.D. Dr. Marcel Huber

Als einer der ersten in Deutschland und als erster bayernweit hat sich der Landkreis Passau der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) angeschlossen. Mit einer Nachhaltigkeitsstrategie will das Passauer Land sechs der insgesamt 17 Ziele aus der Agenda umsetzen. Wie konkret diese Umsetzung aussehen soll, wird in einem Handlungsplan erarbeitet. Dazu waren bei der Auftaktveranstaltung mit Staatsminister a.D. Dr. Marcel Huber in Vilshofen a. d. Donau auch Bürgerinnen und Bürger eingeladen, mit Vorschlägen und Anregungen beizutragen.

Wenn auch der Weg zu einer global nachhaltigen Region noch ein ganzes Stück ist im

mann von der Servicestelle Kommunen in der einen Welt der Engagement Global gGmbH, Nina



Bayerns ehemaliger Umweltminister Dr. Marcel Huber war als Gastredner eingeladen.

Landkreis Passau schon geschafft. Das wurde bei der Nachhaltigkeitskonferenz in Vilshofen a.d. Donau deutlich. Zu der Veranstaltung konnte Landrat Franz Meyer neben dem ehemaligen Staatsminister zahlreiche weitere Gäste begrüßen. Darunter seinen Stellvertreter Raimund Kneidinger, Anette Tur-

Hehn und Götz Braun von der KlimaKom eG sowie den Klimaschutzbeauftragten des Landkreises Passau, Peter Ranzinger. Sie informierten die Konferenzteilnehmer im Laufe des Abends umfassend über den aktuellen Sachstand und geplante Maßnahmen im Bereich der Nachhaltigkeitsstrategie.

Landrat Meyer betonte, dass die sechs Ziele für den Landkreis Passau sorgfältig ausgewählt wurden, vor allem nach den Gesichtspunkten der tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten in der Region vor Ort. Dennoch müsse man über den Tellerrand hinausschauen. Auch hier sei mit Projekten zur Entwicklungshilfe in Afrika unter Federführung von Raimund Kneidinger ein Anstoß gegeben. Der Stellvertreter des Landrats stellte zu Beginn heraus, dass die Nachhaltigkeitsziele, die die UN in der Agenda 2030 festgehalten hat nur ein Anfang sein können: „Die Umsetzung passiert vor Ort, dort wo Menschen leben, arbeiten und wirken“. Der Landkreis Passau allein könne nicht die Welt retten, das müsse allen klar sein. „Doch wir können und müssen unseren Beitrag dazu leisten“, so Kneidinger.

Ursprung in der Ökonomie

Der ehemalige bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber, der als Gastredner eingeladen war, spannte einen Bogen weit zurück auf die Wortgeschichte der Nachhaltigkeit. Diese gehe zurück auf Hans Carl von Carlowitz, der sich schon um 1713 mit einer „nachhaltenden“ Waldwirtschaft beschäftigte.

Die Nachhaltigkeit habe demnach entgegen der heute vorwiegenden öffentlichen Wahrnehmung ihren Ursprung weniger in der Ökologie als in der Ökonomie. Tatsächlich sei es aber heute eine der größten Herausforderungen, ein Gleichgewicht zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichem Wachstum zu schaffen. Und, so Huber weiter: „Wir müssen die Ziele aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen so übersetzen, dass wir sie auf kommunaler Ebene realistisch umsetzen können.“

Mit Blick auf die Entwicklungshilfe und dem Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“, mit dem auch der Landkreis Passau die Schulbildung der Menschen in Afrika verbessern und damit den Fluchtursachen entgegenwirken will, zitierte Dr. Marcel Huber den ehemaligen ame-

rikanischen Präsidenten John F. Kennedy: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ Beim täglichen Handeln nicht nur auf kommunaler Ebene sollten sich Entscheidungsträger die Fragen stellen „Ist das wirklich nachhaltig? Hat diese Entscheidung Auswirkungen – vielleicht sogar negative – auf die Zukunft?“ Diesen Rat gab Huber den Konferenzteilnehmern mit auf den Weg. Das sei schon ein großer Schritt in Richtung global nachhaltige Region.

Nachhaltigkeit ist Chefsache

Anette Turmann zeigte sich bei ihrem Vortrag über die Rolle der Kommunen und die Arbeit der Servicestelle der Kommunen in der einen Welt beeindruckt und gleichzeitig dankbar, dass Landrat Franz Meyer das Thema Nachhaltigkeit „zur Chefsache erklärt hat“. Bei ihrer täglichen Arbeit können Kommunen beispielsweise in der Beschaffung auf Nachhaltigkeit achten. Auch durch die Unterstützung bei der Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen können Teilziele erreicht werden.

Mit den Projekten „Integrationslotsen“ und „Bildungskoordination“ ist der Landkreis Passau hier bereits Vorbild. Die Servicestelle der Engagement Global gGmbH unterstützt die Gemeinden und Landkreise bei der Entwicklung entsprechender Strategien zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele aus dem Konzept der UN. „Die Kommunen haben bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine Schlüsselrolle“, so Turmann, denn nur von der Basis aus könnten die Ziele gemeinsam erfolgreich umgesetzt werden.

Sechs Landkreisziele

Die sechs Ziele, die sich der Landkreis Passau zur Umsetzung vorgenommen hat, reichen von bezahlbarer, sauberer Energie über nachhaltiges Wirtschaften sowohl auf öffentlich-rechtlicher als auch auf privatrechtlicher Ebene, Maßnahmen zum aktiven Klimaschutz und der Schutz der örtlichen Ökosysteme bis hin zu Partnerschaften zur Erreichung der Ziele, wie Klimaschutzbeauftragter Peter Ranzinger erklärte.

Unter den letzten Punkt fällt auch die Entwicklungshilfe, die der Landkreis Passau in Form einer Erweiterung der Bildungsangebote in Afrika unterstützt. Mit den Afrika-Konferenzen unter Federführung von Landrats-Stell-

Gemeinde Irschenberg:

Trauer um Bürgermeister Schönauer

Tief betroffen zeigt sich die Gemeinde Irschenberg vom Tode des Ersten Bürgermeisters Hans Schönauer, der am 31. Januar völlig überraschend an den Folgen eines chirurgischen Eingriffs verstarb. Vor kurzem wurde er in seinem Heimatort Niklasreuth beigesetzt.

Über 17 Jahre hatte der 67-jährige Rathauschef die Geschichte der Gemeinde mit großer Weitsicht gelenkt, wie Zweiter Bürgermeister Klaus Meixner hervorhob. „Wir verlieren mit ihm eine herausragende Persönlichkeit, die stets seine schier unerschöpfliche Kraft zum Wohle der Gemeinde eingesetzt hat. Die Gemeinde Irschenberg verneigt sich mit Respekt und Dankbarkeit und wird sein Andenken in hohen Ehren halten.“

Gewerbeansiedlungen, Breitbandausbau und das Einbinden der Landwirtschaft – Schönauers Vision war es, die Gemeinde sowohl zukunftsfähig zu gestalten, als auch Traditionen beizubehalten. Unisono wurde er in den Trauerreden als „leidenschaftlicher Bayer aus Überzeugung mit großer Liebe zur Heimat“ bezeichnet.

Für Landtagspräsidentin Ilse Aigner war der Verstorbene „ein Politiker mit Ecken und Kanten, der sich nicht verbiegen ließ. Er war ein Möglichmacher. Er fragte nie ob etwas geht, sondern wie.“

Schönauers letzter großer öffentlicher Auftritt in der Gemeinde war der Neujahrsempfang am 13. Januar. Auch hier verbreitete er Optimismus. Irschenbergs Situation werde sich verbessern, wenn die Menschen weiter miteinander arbeiten, nicht gegeneinander, betonte der Bürgermeister. Dies ist sein politisches Vermächtnis. **DK**

vertreter Raimund Kneidinger konnten in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen wichtige Kontakte hergestellt werden.

Die Bestandsaufnahme, die Nina Hehn von der KlimaKom eG vorstellte zeigte, dass der Landkreis Passau beim Thema Nachhaltigkeit bereits auf einem guten Weg sei. Was die erneuerbaren Energien und den Trinkwasserverbrauch angeht, schneidet das Passauer Land im deutschland- und bayernweiten Vergleich überdurchschnittlich gut ab. Auch Maßnahmen zum Klimaschutz, insbesondere der CO₂-Ausstoß liegt im Landkreis Passau unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Es gilt hier an die bisherigen Erfolge anzuknüpfen, um eine positive Weiterentwicklung zu erreichen, so Hehn.

Beim Auftakt zur Nachhaltigkeitskonferenz war auch die Bürgerschaft gefragt. Konkrete Anregungen und Vorschläge zu den einzelnen Zielen konnten eingebracht werden. Dieses Angebot fand großen Anklang, die Beteiligung und auch die Ergebnisse waren bereits auf den ersten Blick überwältigend.

Landrat Franz Meyer lobte am Ende der Veranstaltung die große Bereitschaft, an der Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises

Passau mitzuarbeiten. „Die gesetzten Ziele können wir nur miteinander erreichen, dafür war die heutige Auftaktveranstaltung beispielgebend. Wir stehen in der Verantwortung und dieser Verantwortung stellen wir uns gemeinsam für unsere Heimat.“ **DK**

Bayerische Gemeindezeitung
KOMMUNALPOLITIK, VERKEHR, SPORT, THEMA, PASSAU

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefim vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bayerische Wahlergebnisse

Die Marktgemeinde Perlesreut im Landkreis Freyung-Grafenau hat einen neuen Bürgermeister. Mit 53,7 Prozent der Stimmen wurde Gerhard Poschinger (CSU) gewählt. Er setzte sich gegen Diana Scheibelberger (Christliche Freie Wählerunion) durch, die auf 46,3 Prozent kam. Die Wahl war notwendig geworden, weil der bisherige Rathauschef Manfred Eibl (FW) in den Landtag gewählt wurde. Die Wahlbeteiligung lag bei 71 Prozent.

Der CSU-Politiker Ulrich Ommer hat die Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Hawangen (Landkreis Unterallgäu) mit 69,7 Prozent der Stimmen für sich entschieden. Der 51-jährige Rechtsanwalt wird Nachfolger von Martin Heinz (CSU), der das Amt aus gesundheitlichen Gründen aufgegeben hatte. Auf Ommer's Gegenkandidat Martin Albrecht (Freie Bürgerliste) entfielen 30,3 Prozent der Stimmen. Der neue Rathauschef wird das Amt in der Gemeinde mit 1.400 Einwohnern erstmals hauptamtlich ausüben. Die Wahlbeteiligung lag bei 74,4 Prozent.

Neuer Bürgermeister in Seßlach (Landkreis Coburg) ist Maximilian Neeb von den Freien Wählern. Der 27-Jährige gewann mit 53,2 Prozent der Stimmen gegen seine Mitbewerber Wolfgang Pfister von der CSU (34,4 Prozent) und Wolfgang Brasch von der SPD (12,4 Prozent). Neeb tritt die Nachfolge des CSU-Politikers Martin Mittag an, der im Oktober in den Landtag gewählt wurde.

Georg Hoffmann von der CSU heißt der neue Rathauschef von Bodenwöhr (Landkreis Schwandorf). Er setzte sich in der Stichwahl gegen Hubert Süß von der Bürgerliste Bodenwöhr (BLB) durch. Hoffmann erhielt 51,35 Prozent aller Stimmen, Süß 48,65 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei 61,5 Prozent.

Der CSU-Politiker Franz-Josef Sauer ist neuer Bürgermeister von Arnstein im Landkreis Main-Spessart. Auf ihn entfielen 83,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sauer's Gegenkandidat, der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Marc Schenk, erhielt 16,3 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,55 Prozent.

Peter von der Grün von den Freien Wählern hat bei den Landratswahlen im Kreis Neuburg-Schrobenhausen die Stichwahl für sich entschieden. Der Jurist erhielt 52,4 Prozent der Stimmen. Sein Kontrahent Fridolin Gößl (CSU) unterlag knapp mit 47,6 Prozent der Stimmen. Der 46 Jahre alte Von der Grün wird Nachfolger von Roland Weigert (FW). Der langjährige Landrat wechselte im Oktober 2018 in den Bayerischen Landtag, wo er zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium berufen wurde.

Im oberfränkischen Landkreis Coburg setzte sich Sebastian Straubel (CSU) durch. Der neugewählte Landrat ließ bei der Stichwahl mit 62,45 Prozent seinem Kontrahenten Martin Stingl (SPD, 37,55 Prozent) keine Chance. Die Wahlbeteiligung lag bei 41,05 Prozent. Somit stellt die SPD zum ersten Mal seit 1946 nicht den Landrat im Kreis Coburg. **DK**

Mögliche Kreisfreiheit der Stadt Neu-Ulm:

Die Gräben werden tiefer

Nuxit und kein Ende: Der Neu-Ulmer Stadtrat hat sich im März 2018 mehrheitlich dafür ausgesprochen, den Antrag auf Kreisfreiheit zu stellen. Nach der Gemeindeordnung können Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern bei entsprechender Bedeutung durch Rechtsverordnung der Staatsregierung und mit Zustimmung des Landtags für kreisfrei erklärt werden. Das Verfahren läuft derzeit, die Lager sind gespalten, die Fronten zunehmend verhärtet. Brexit lässt grüßen.

Nach Ansicht von Oberbürgermeister Gerold Noerenberg bleibe die Stadt Neu-Ulm freiwillig unselbstständig, falls sie nicht eigenständiger werde. Konkret verzichte sie auf Gestaltungsmöglichkeiten, zahle doppelt an den Landkreis die Kreisumlage und Sachausgaben, verschrenke Vermögen in der Form von Grundstücken, die die Stadt bei der Einkreisung im Zuge der Gebietsreform 1972 an den Kreis habe abtreten müssen und verzichte jährlich auf einen Betrag von insgesamt rund sechs Millionen Euro, die man als kreisfreie Stadt auf der Haben-Seite verbuchen könnte.

Aufgaben bündeln

Wenn die kommunalen Aufgaben bei nur einer Behörde gebündelt würden, hätten es die Bürger leichter, zeigt sich die Stadt zudem überzeugt. Bislang müssen sich Neubürger im Bürgerbüro der Stadt anmelden und ihr Auto bei der gut einen Kilometer entfernten Kreisbehörde. Auch verweist der OB darauf, dass die Stadt bis zur Gebietsreform vor 46 Jahren eine kreisfreie Stadt gewesen sei und bewiesen habe, dass sie die Kreisfreiheit gewissermaßen „kann“.

In einer Stellungnahme des Landkreises, der bei der Regierung von Schwaben einging, sprach sich der Landkreis im Ergebnis dafür aus, den gegenwärtigen Status – bei eventuellen Modifikationen im Einzelnen – zu belassen, ohne damit einer Auskreisung eine absolute Absage zu erteilen.

Landkreis: „Vereint stärker statt getrennt schwächer!“

Landrat Thorsten Freudenberger wirbt für „die Fortsetzung der 46 Jahre währenden Erfolgsgeschichte mit unserer Großen Kreisstadt Neu-Ulm“. „Unsere Devise heißt: Vereint stärker statt getrennt schwächer!“, so der Landkreischef. Dabei sei es unkompliziert möglich, der Stadt mehr Gestaltungsspielräume zu geben, etwa beim öffentlichen Personennahverkehr. Er sei dankbar, dass sich viele Bürger für den Fortbestand des Landkreises Neu-Ulm einsetzen.

Unterdessen hat das „SME-Institut - Sozial- und Wirtschafts-

forschung für den Mittelstand“ die wirtschaftlichen Folgen eines Nuxit errechnet. Demzufolge würde der Austritt der Stadt aus dem Kreisverbund die Region in den ersten fünf Jahren 75 Millionen Euro kosten. Schon wegen der doppelten Verwaltungsstrukturen werde eine Kreisfreiheit Neu-Ulm sehr teuer kommen. Die Stadt sei „nicht in der Lage, die finanzwirtschaftlichen Folgen abzudecken“.

Stadt kritisiert lückenhafte Studie

Wie dem aktuellen Informationsbrief des Bayerischen Städtetags zu entnehmen ist, liegt der Stadt allerdings nur eine Kurzfassung der Studie vor. Weder der Verfasser noch die IHK Schwaben sei bereit, der Stadt die Langfassung zur Verfügung zu stellen. „Dies wäre schon deshalb notwendig, um die Behauptungen der Studie anhand von Zahlen zu prüfen“, heißt es.

Die Stadt Neu-Ulm verweist auf Lücken: Aus ihrer Sicht beschreibt die Zusammenfassung der Studie nicht, worum es bei der Kreisfreiheit im Kern geht. Die Stadt mit knapp 60.000 Einwohnern zeige sich bereit und in der Lage, zusätzliche Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen. Es sei nicht nachzuzuziehen, weshalb die von einem weithin unbekanntem Institut erstellte unveröffentlichte Studie von der IHK Schwaben und anderen Institutionen im politischen Diskurs herangezogen wird, ohne dass deren Inhalt bekannt gegeben wird und damit nachprüfbar zur Verfügung steht.

Mittelfristige Finanzplanung des Stadtrats

Laut Informationsbrief „hat der Neu-Ulmer Stadtrat eine mittelfristige Finanzplanung und Vergleiche zu anderen kreisfreien Städten vorgelegt. Er hatte eine umfassende Ausarbeitung als Grundlage seiner Entscheidung, die auch in der Öffentlichkeit dargestellt wurde. Im Gegensatz dazu lassen sich in der SME-Studie die Definitionen der Finanzkraft, der finanziellen Leistungsfähigkeit, Plan- und Ist-Vergleichen bei Baumaßnahmen oder Pensions-

rückstellungen nicht nachvollziehen.“

So würden zum Beispiel hohe Summen in den Raum gestellt für die Übernahme von Sachwerten. Dabei werde nicht berücksichtigt, dass die Stadt Neu-Ulm bei Einkreisung im Jahr 1972 dem damaligen Landkreis das gesamte betroffene Anlagevermögen samt der rund 100.000 Quadratmeter Grundstücke unentgeltlich übertragen musste.

„Es besteht ein vertraglicher Anspruch der Stadt auf unentgeltliche Rückgabe. Die Stadt Neu-Ulm trat bereits im Jahr 2017 in intensive Gespräche mit dem Landkreis, um Lösungen zu finden, wie die Stadt im Fall einer Kreisfreiheit neue Aufgaben lösen kann. Es wurden bereits erste Einigungen ins Auge gefasst, die nun zu konkretisieren sind, etwa bei Schulamt, Müllentsorgung, Jobcenter und Feuerwehrwesen...“

Weiter wird auf die in Gesprächen zwischen Stadt und Landkreis erzielten Richtungsentscheidungen und auf konkrete Angebote an den Landkreis verwiesen. Verhandelt werden müsse noch über Betrieb und Trägerschaft von Schulen sowie den Übergang des gesetzlich-sozialen Bereichs.

Im Frühjahr 2018 habe der Landkreis Gespräche mit der Stadt abgebrochen. Der Bitte der Stadt um Wiederaufnahme der Verhandlungen sei mit Ausnahme des ÖPNV bislang nicht entsprochen worden.

Regierung von Schwaben: Tragfähige Lösungsansätze erarbeiten

Die Regierung von Schwaben fordert indes, dass tragfähige Lösungsansätze erarbeitet werden: „Abgesehen von der Mindesteinwohnerzahl kommt es hier auch ganz besonders darauf an, dass die Stadt Neu-Ulm die Gewähr dafür bietet, die auf sie zukommenden, vielfältigen Aufgaben konkret auch bewältigen zu können. Dafür bedarf es eines umfassend ausgearbeiteten, umsetzungsreifen Konzepts.“

Aus Sicht der Regierung wäre in bestimmten Aufgabenfeldern eine kooperative Nutzung bereits vorhandener Einrichtungen durch die Stadt und den Landkreis Neu-Ulm im Wege kommunaler Zusammenarbeit denkbar und auch naheliegend, etwa auf dem Gebiet der Krankenhausversorgung, der Abfallentsorgung, beim Betrieb des Jobcenters oder auch im Schulbereich, was dann in verbindliche Vereinbarungen mit dem Landkreis münden müsste.

Erst wenn geklärt sei, wie die neu auf die Stadt zukommenden Aufgaben im Einzelnen konkret erledigt werden sollen, bestehe auch Klarheit über die von Stadt und Landkreis künftig einzusetzenden Ressourcen und ließen sich Schlüsse im Hinblick auf eventuelle Vermögensverschiebungen zwischen beiden Kommunen und mögliche Ausgleichszahlungen nach Art. 5 Abs. 3 der bayerischen Gemeindeordnung ziehen, stellt die Regierung von Schwaben klar.

Die Stadt Neu-Ulm geht aktuell davon aus, dass das Landratsamt wieder an den Verhandlungstisch kommt. Die Entscheidung, ob die Stadt kreisfrei werden darf oder nicht, werde nach Vorliegen der Lösungsansätze erfolgen. Die Stadt baut darauf, dass der Landtag als Basis seiner Entscheidung belegbare Zahlen, Daten, Fakten und die rechtlichen Rahmenbedingungen heranzieht. **DK**

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Schauen Sie sich das an. Wieder eine lange Schlange vor dem Rathaus. So viel Zuspruch wie jetzt während der Eintragungsfrist für das Bienen-Volksbegehren hatten wir selten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, betrachtete skeptisch die vielen Menschen, die sich in die Unterstützerlisten für das Volksbegehren zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes eintragen wollen.

Ohne Zweifel haben die Organisatoren erhebliches Geschick in der Mobilisierung von Menschen. Klar ist ja auch, dass man gegen Bienen eigentlich nichts haben kann, solange man nicht von ihnen gestochen wird. Das mit dem Bestäuben und dessen Zusammenhang mit dem Erblühen der Natur und dem Reifen von Früchten und sonstigen pflanzlichen Lebensmitteln lernt man ja schon in der Schule. Früher jedenfalls auch von seiner Mutter, wenn man sich

eifer in die Rathäuser rennen, den zugrundeliegenden Gesetzentwurf durchgelesen haben. Zugegeben, auf den Websites der Aktivisten ist er auch meist zwischen all den bunten, idyllischen Fotos von saftigen Wiesen und prächtigen Blumen eher schwer zu finden. Wer ihn liest, wird aber schnell nachdenklich. Praktisch jede der vorgeschlagenen Ergänzungen des Naturschutzgesetzes zielt auf die Bauern und die Struktur der bäuerlichen Landwirtschaft bei uns. Bayern soll, um es plastisch zu formulieren, zurückgebeamt werden ins 18. Jahrhundert. Gut, das kann man alles machen, einschließlich einer Mahd-Polizei, die genau registriert, wann und wie der Landwirt mäht, sät, spitzt und erntet. Selbstverständlich kann man auch auf dirigistischem Weg das versuchen, was aufgrund der fehlenden Kundennachfrage offensichtlich mit marktwirtschaftlichen Mitteln nicht geht, nämlich aus Bayern ein Bio-Bullerbü zu machen.

Es fragt sich, ob wir uns so einen egoistischen Wohlstands-Trip wirklich leisten sollten. Die Welt mit ihren acht Milliarden Menschen steht vor der riesigen Herausforderung, die stetig wachsende Bevölkerung zu ernähren. Bisher wurde diese Aufgabe erstaunlich gut gemeistert, etwa durch den Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und Gentechnik. Aber wir in den satten, reichen Ländern, in denen das Ernährungsproblem in einem Zuviel besteht, statt in Mangel, erlauben uns den Luxus, etwa auf gentechnisch verbesserte Pflanzen zu verzichten. Jetzt sollen auch noch eine optimierte Bewirtschaftung der Agrarflächen sowie der Einsatz von Schädlingsbekämpfern unter Generalverdacht gestellt oder verboten werden.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht, obwohl Städter, die Entwicklung mit Besorgnis. Natur- und Artenschutz wird sicherlich nicht gegen, sondern nur mit unseren Landwirten zusammen gelingen. Dazu gehört der Dialog und nicht nur das starre Verbot, wie im Volksbegehren angelegt. Doch wie sagte schon George Bernard Shaw: „Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.“

the Sabrina

Wohlstands-Trip zu Lasten der Bauern

neugierig danach erkundigt hat, wo die Babys herkommen.

Die Alternativen zur natürlichen Bestäubung sind ja auch einigermaßen gruselig. So sollen in China Wanderarbeiter in Handarbeit die Bestäubung vornehmen, wenn die Bienenpopulation in einer Gegend so gering geworden ist, dass die verbliebenen armen Viecher nicht mehr hinterherkommen vor lauter Angebot. Auch mit kleinen, extra konstruierten und ausgestatteten Drohnen wird schon experimentiert, die Bienen wohl nicht überflüssig machen, aber ihren Job zuverlässiger und planbarer erledigen sollen. Pferdefuß: Weder Wanderarbeiter noch Drohnen produzieren Honig.

Aber Spaß beiseite: Wir brauchen die Bienen, das ist ganz klar. Und auch andere Insekten, deren Existenz uns im Alltag gehörig auf die Nerven gehen kann (Stichwort: Mücke im Schlafzimmer), haben ihre Daseinsberechtigung in Kreislauf der Natur. Schließlich ist die Mücke oder die Fliege der Preis für das Vogelgezwitzcher, das uns hoffentlich bald wieder beim Aufstehen begrüßt.

Also volle Kraft voraus für den Schutz der Bienen! Das erscheint so logisch, dass sich wohl nicht alle derjenigen, die jetzt mit Feuer-

Klausurtagung der CSU im Landkreis Landshut:

„Für ein Europa der starken Regionen“

Die CSU im Landkreis Landshut hat sich bei ihrer Klausurtagung in Zwiesel mit der Europawahl und dem Landkreishaushalt für 2019 befasst. Die Pfeffenhausener Kreisrätin und Europaparlamentskandidatin Elisabeth Fuß sprach sich für ein Europa der starken Regionen aus und grenzte die Christsozialen klar von der „deutschen Brexit-Partei AfD“ ab.

Die Politik müsse es schaffen, dass sich die Menschen wieder mehr mit Europa identifizieren können, betonte Fuß. Die Bevölkerung solle stolz auf die EU sein können. Dafür brauche es gesellschaftliche Leuchtturmprojekte wie die Förderung der Krebsforschung. Ebenso wichtig sei, dass die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beende und die Außengrenzen für eine geordnete Migration sichere. Zudem sollten die innere Sicherheit durch besseren Datenaustausch der Sicherheitsbehörden gestärkt und die weltweite Entwicklungshilfe zur Eindämmung der Fluchtursachen ausgebaut werden.

Fuß distanzierte sich deutlich von der AfD: „Diese Partei will den deutschen EU-Austritt und steht damit für politische und wirtschaftliche Instabilität. Wir grenzen uns klar von diesem Irrsinn ab.“

CSU-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner stärkte Elisabeth Fuß den Rücken: „Die Christsozialen wehren sich zudem gegen linke Ideologien von Grünen und SPD wie eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung in der EU. Das würde Leistungsträger wie Deutschland und Bayern einseitig belasten und andere Staaten könnten so auf Kosten unserer stabilen Finanzen

ihre maroden Haushalte sanieren.“ Für den Haushalt 2019 des Landkreises Landshut fordert die CSU die Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt. Laut Kreistagsfraktionssprecher Josef Haselbeck würde das die Städte und Gemeinden, die das Geld aus ihren Steuereinnahmen an den Landkreis abführen müssen, um zwei Mio. Euro entlasten. Der Spielraum dafür sei gegeben, da bei gleichbleibendem Kreisumlagesatz von 49 Prozent statt 88 Mio. Euro, die 2018 von den 35 Landkreisgemeinden an den Landkreis abgeführt wurden, nun im Jahr 2019 aufgrund der starken wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises 96 Mio. Euro abgeführt werden müssten – also acht Mio. Euro mehr.

Eine Frage der Fairness

Für Oßner war die Sache klar: „Es ist nur fair und gerecht, wenn von den zusätzlichen acht Mio. Euro zum mindesten zwei Mio. Euro an die Gemeinden zurückgegeben werden. Zudem hat der Bund mit zahlreichen Maßnahmen die Kommunen in den letzten Jahren um über fünf Mrd. Euro entlastet, was nun auch im Landkreishaushalt positiv schlägt“, so der MdB und Kreisrat. Außerdem liege der Umlagesatz

im Landkreis Landshut weit über dem niederbayerischen Durchschnitt. „Der Landkreis hat in den vergangenen drei Jahren mehr als 20 Mio. Euro Rücklagen gebildet. Da ist eine Unterstützung der Kommunen nicht nur möglich, sondern geboten“, unterstützten auch die Bürgermeister Dieter Neubauer und Luise Hausberger die Forderung. Die Städte und Gemeinden hätten schließlich auch viele Aufgaben zu finanzieren, Kosten zu tragen und Schulden zu tilgen, betonte Niederaichbachs Bürgermeister Josef Klaus. „Und wir können uns das Geld nirgendwo holen. Ganz im Gegenteil“, bekräftigte Altdorfs Bürgermeister Helmut Maier: „In Gemeinden, wo die Kreisumlage die Gewerbesteuererinnahmen übersteigt, geht sogar noch ein Teil der Grundsteuer dafür drauf.“

CSU-Fraktionssprecher Josef Haselbeck sowie Rechnungsprüfungsvorsitzende und Bürgermeisterin Monika Maier nahmen Landrat Peter Dreier in die Pflicht: Anstatt den Kreishaushalt künstlich so aufzublähen, dass jedes Jahr neun Mio. Euro nicht verbraucht werden könnten, sollten die Anliegen der Bürgermeister ernst genommen werden. „Darum ist für uns eine moderate Senkung der Kreisumlage unverhandelbar. Außerdem wollen wir die Zusage, dass der Großteil der Haushaltsreste den Kommunen zu Gute kommt, wenn wieder Millionen übrig bleiben.“ Nur dann könne die CSU-Fraktion dem Kreishaushalt zustimmen. **□**

Bund der Steuerzahler positioniert sich gegen Nuxit

Der Widerstand gegen den Nuxit wächst – auch außerhalb des Landkreises. Jetzt hat sich der Bund der Steuerzahler in Bayern zu Wort gemeldet und bezieht deutlich Stellung gegen die Kreisfreiheit.

Nicht absehbare Folgekosten

Aus Sicht des BdSt geht es vor allem um die absehbare Verschwendung von Steuergeldern. „Wir appellieren an die Vernunft der Beteiligten. Die bestehende, vorbildliche, konstruktive und einvernehmliche Zusammenarbeit von Landkreis und Stadt fortzusetzen ist sicher die sinnvollste Lösung“, betont der Präsident des Landesverbandes Bayern, Rolf von Hohenhau. Es sei zu erwarten, dass der Nuxit über Jahre hinweg auf beiden Seiten erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen binde. Die Folgekosten seien insgesamt nicht absehbar.

„Wie beim Brexit läuft auch beim Nuxit alles in Richtung Konfrontation. Es braucht jetzt besonnene, verantwortungsbewusste Mandatsträger, die rechtzeitig die Weichen auf Gemeinsamkeit und Rückkehr zur Normalität stellen“, mahnte von Hohenhau. **DK**

„Oberndorfer Schule“ in Namibia

Grundschule Oberndorf und Gemeinde Oberndorf unterstützen die Schulbauintiative von Landrat Stefan Rößle

Mit einem schwungvollen Willkommenslied der Grundschulkin- der wurden die zahlreich erschienenen Gäste im vollbesetzten Kro- nensaal musikalisch begrüßt. „Bildung ist ein wichtiger Baustein zur Entwicklung aller Kinder. Aber auch eine gesicherte Lernumgebung ist dafür unabdingbar!“ Nach diesen Worten erläuterte Petra Wirth, Rektorin der Grundschule Oberndorf, wie sie nach ihrem Afrika- rlaub und dem Besuch einer dortigen Schule mit verheerenden Zu- ständen von der Idee bestärkt wurde, sich der Schulbauintiative von Landrat Stefan Rößle mit Schulprojekten in Afrika anzuschließen.

Bereits im Juli 2018 entschlou- sen sich daraufhin die Grundschu- le Oberndorf und die Gemeinde Oberndorf a. Lech, gemeinsam mit der Reiner Meutsch Stiftung Fly & Help und dem namibischen Verein Kaokoland e.V., eine Schule im Norden von Namibia zu bauen. Die Kosten: 39.200 Euro.

Beim Sommerfest der Grund- schule im vergangenen Jahr wur- den fleißig Spendengelder ges-ammelt sowie ein handsignierter Fußball von Manuel Neuer verstei- gert. Ein Flohmarkt sowie der Ver- kauf der selbst gemalten Weih- nachtskarten der Grundschüler, die von der Firma skala auf Spen- denbasis gedruckt wurden, stock- ten den Betrag auf. Dafür bedank-

te sich die rührige Rektorin bei ih- rem Lehrerkollegium, dem Eltern- berat, allen Eltern und Schülern der Grundschule Oberndorf und endete mit dem Appell: „Alles be- ginnt mit dem ersten Stein. Nun müssen wir gemeinsam viele klei- ne Steine zueinander fügen.“

Bürgermeister Hubert Eberle berichtete über den Stand der bisher eingegangenen Spenden- gelder in Höhe von ca. 10.500 Euro für das geplante Schul- projekt. Bereits zu Beginn ging man mit einer spontanen Spende von 1.000 Euro eines Inge- nieurbüros ins Rennen. Erfreut zeigte er sich über die Spenden- summe einer Oberndorfer Firma und beachtlich ist auch die Höhe



V.l.: Landrat Stefan Rößle, Robert Seitz (Vorstand Sparte Fußball des VfB Oberndorf), Monika Hörmann (Seniorenkreis), Petra Wirth, Christine Keppeler (Mittagsbetreuung), Stefan Behringer (2. Vorstand Sparte Fußball des VfB Oberndorf). Bild: Simon Kapfer, LRA Donau-Ries

der Geldspenden vieler Bürgerin- nen und Bürger aus der Gemein- de. Aber auch Vereine trugen bis- her zum Spendenerfolg bei.

Das Adventskonzert des Ju- gendchors „Cantiamo“ gemein- sam mit dem Projektchor und der Flötengruppe der Grundschule brachte einen Erlös von 500 Euro und beim „Wintergrillen“ des VfB Oberndorf, Sparte Fußball erwirtschaftete man einen Spende- betrag in Höhe von 1.000 Euro. Der Bürgermeister zeigte sich zuversichtlich, dass die fehlen- den 28.200 Euro noch zustande kommen.

Am 5. Juli 2019 ist ein Benefiz- konzert im Fuggerschloss ge- plant, bei dem die bekannte Mu- sikgruppe „Soul Train Music“ auf- tritt und auf die Hälfte ihrer Ga- ge zugunsten der „Oberndorfer Schule“ verzichten wird. Zudem gibt es bei einer Tombola einen tollen Preis zu gewinnen. Beson- ders bedankte sich Bürgermeister Eberle bei Rektorin Petra Wirth,

dem Lehrerkollegium sowie bei Herrn Christian Hornung, für die Vorbereitung und Gestaltung des Abends.

Fluchtursachen bekämpfen

Mit Hilfe eines Films machte an- schließend Landrat Stefan Rößle auf die erschreckende Bevölker- ungsexplosion in den kommenden Jahrzehnten aufmerksam. Welt- weit nimmt die Bevölkerung jäh- rlich um ca. 80 Mio. zu. In Afrika wird sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 auf voraussichtlich 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln. Bildung hilft den Menschen in Af- rika ihren Lebensunterhalt zu ver- dienen, die Geburtenrate zu sen- ken, der Benachteiligung von Fra- uen entgegenzutreten, Frieden zu sichern und letztendlich Fluchtur- sachen zu bekämpfen.

Durch seine Schulbauintiati- ve wurden inzwischen innerhalb von zwei Jahren 43 Schulprojek- te deutschlandweit initiiert, davon

20 aus dem Landkreis Donau-Ries. Davon sind 24 Schulen bisher kom- plett finanziert und für 19 Schulen werden noch Spendengelder ge- sammelt.

Mit der Reiner Meutsch Stiftung Fly & Help und deren verlässlichen Partnern vor Ort wird sicherge- stellt, dass die Spendengelder 1 : 1 an der richtigen Stelle ankommen und ausschließlich für das Schul- projekt verwendet werden. Geb- aut wird nur in den afrikanischen Ländern, die sich als verlässlich er- wiesen haben. Zudem wird nur auf staatlichen bzw. gemeindli- chen Grundstücken gebaut. Über- wiegend werden die errichteten Schulen vom jeweiligen Staat un- terhalten und dieser verpflichtet sich auch, Lehrkräfte bereitzustel- len und deren Anstellungen zu si- chern. Der Bau erfolgt mit heimi- schen Baumaterialien.

Unter der Schirmherrschaft von

Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller will man mit einer Gemein- schaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ bauen. Mit Bildern und Filmen zeigte Landrat Stefan Rößle die bereits durch Spenden- gelder errichteten Schulen und die bewegenden Schuleröffnungs- feiern sowie die malerische Land- schaft und bunte Tierwelt Afrikas.

Kräftigen Applaus erhielten die Flötengruppe der Grundschule so- wie der Grundschulchor für die musikalischen Beiträge, die mit harmonisch vorgetragenen Melo- dien für den musikalischen Rah- men und für Abwechslung sorg- ten. Mit dem weltbekannten Hit: „We are the world...“, das aus- druckstark und schwungvoll ge- meinsam von den Grundschülern, dem Jugendchor „Cantiamo“ und dem Projektchor vorgetragen wur- de, endete die beeindruckende In- formationsveranstaltung. □

Landkreis Aschaffenburg:

Zulassungsstellen starten Online-Terminvergabe

Seit Mitte Januar bietet der Landkreis Aschaffenburg in sei- nen beiden Zulassungsstellen in Mainaschaff und Alzenau die Möglichkeit, Termine online zu vereinbaren. Die Online-Terminvergabe erfolgt über die Internetseite des Land- kreises Aschaffenburg (www.land- kreis-aschaffenburg.de). Von hier erfolgt eine Weiterleitung zum Ser- ver des Dienstleisters. Zusätzlich besteht auch die Möglichkeit, die Online-Terminreservierung über die App „cleverQ“ vorzunehmen, die App ist im Google Play-Store und im App-Store verfügbar. Für die

Kunden bringt diese Online-Ter- minvereinbarung den Vorteil, dass sie dann vor Ort in der Regel keine Wartezeiten mehr haben.

Grundsätzlich besteht aber auch weiterhin wie bisher die Möglic- keit, ohne Termin zur Zulassungs- stelle zu kommen. Während in der Zulassungsstelle Alzenau das bis- herige System mit dem Ziehen von Nummernmarken weiter Anwen- dung findet, können sich die Kun- den in Mainaschaff über den Info- schalter für den nächsten freien Termin einplanen lassen.

Weitere Informationen: www.termine-ab.de □

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 28. Februar 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Kommunalgeräte
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Kommunale Museen und Bibliotheken

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten

Heinkelstraße 44, 71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

HUGO KNÖDLER GmbH
www.absperrpfosten.com

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-2

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten

Heinkelstraße 44, 71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

HUGO KNÖDLER GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-2

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

PP

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale IT

www.akdb.de

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Hydraulik Anbaukomponenten

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggenstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de Bayern Labo

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

Clever investieren - doppelt sparen mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN

Teilnehmer am UMWELT PAKT BAYERN

Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

Veranstaltungsort

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
Oberanger 32, 80331 München

Termin

Freitag, 15. März 2019, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das 4. Bayerische InfrastrukturForum

→ ÖPNV: U-Bahn-Haltestelle Sendlinger Tor
ca. 400 m Fußweg

→ PKW: Parkhaus Oberanger 27 (gegenüber)

Aufgrund der schwierigen Parksituation empfehlen wir die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 4. Bayerischen InfrastrukturForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-11
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-infrastrukturforum.de



Regierung von Oberbayern



Ländliche Entwicklung in Bayern



Bayerische
Architektenkammer



Langmatz



netcom

MIRK MANAGEMENT
CONSULTANTS



maierwoelfert
bau immobilie energie



WOLFRATSHAUSEN
die Weinstraße



Einkaufstadt
Wolfratshausen
WERBEBÜRO



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de



4. BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM

LEBENDIGE ORTSMITTE

Freitag, 15. März 2019

Einlass 9:00 Uhr

in den Räumen des

Bayerischen Bauindustrieverbands e.V.

Oberanger 32, 80331 München

www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die Themenübersicht.
Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-infrastrukturforum.de

ab 09:00 Eintreffen | Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Städtebauförderung für lebendige Stadt- und Ortsmitten in Bayern

Armin Keller | Ministerialrat

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Krapfen statt Donut - Dorferneuerung für lebendige Ortsmitten

Leonhard Rill | Leitender Ministerialrat

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ortskernrevitalisierung und Leerstandsmanagement – Strategien und Instrumente

Matthias Simon | Referatsleiter Baurecht und Landesentwicklung, Bayerischer Gemeindetag

Aktive Innenentwicklung im Landkreis Donau-Ries

Barbara Wunder | Konversionsmanagerin

Landkreis Donau-Ries

Digitale Werkzeuge für eine aktive Innenentwicklung

Stefan Müller-Schleipen | immovativ GmbH

EOF und KommWFP - Chancen für mehr Wohnraum für alle

Dr. Lore Mühlbauer | Regierung von Oberbayern

Wolfgang Schmidt | BayernLabo

Quartiere als Hotspot für die Energie- und Mobilitätswende

Herbert Köpplinger | MRK Management Consultants GmbH

Zwei Ortsmittenentwicklungen (Ebermannsdorf und Kümmersbruck) aus der Oberpfalz - ein Werkstattbericht über maßgeschneiderte Planungsverfahren für kleinere Orte
Martina Dietrich | Stadt und Raum

Gemeinschaftliches Standortmarketing in Wolfratshausen

- **Standortmarketingstrategie der Stadt**
Dr. Stefan Werner | Stadtmanager Wolfratshausen
- **Perspektive des Einzelhandels**
Ingrid Schnaller | Vorsitzende des Werbekreises Einkaufsstadt Wolfratshausen e.V.
- **Cross-Mediales Standortmarketing**
Julia Menzel-Härpfer | City Points

Grundstücksbeschaffung für kommunalen Wohnungsbau – bezahlbares Wohnen für die Mitte der Gesellschaft ist möglich
RA Dr. Christoph Maier |
maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB

Starker Städtebau - starke Ortsmitte
Zur Rolle von Architektur und Städtebau bei der sozialen und wirtschaftlichen Funktion der Ortsmitte
Michael Leidl | Architekt BDA, Stadtplaner, Arc Architekten Partnerschaft mbB, Bad Birnbach

Neuordnung der Ortsmitte
Walter Bauer | 1. Bürgermeister, Markt Eging a. See

Verabschiedung, Austausch und Ausklang
ca. 17:15 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten • Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr • Regierung von Oberbayern
Akademie Ländlicher Raum • Arc Architekten Partnerschaft mbB • Bayerischer Bezirkstag • Bayerischer Gemeindetag • BayernLabo • Bayerische Architektenkammer • City Points • Gemeinde Ebermannsdorf • Gemeinde Kümmersbruck • immovativ GmbH • KfW Bankengruppe • Landkreis Donau-Ries • Langmatz GmbH • maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB • Markt Eging a. See • MRK Management Consultants GmbH • Netcom-Tec GmbH • Stadt und Raum • Stadt Wolfratshausen • Werbekreis Einkaufsstadt Wolfratshausen

Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 4. März 2019 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 15. März 2019 am 4. Bayerischen InfrastrukturForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Telefonnummer

eMail



Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als

Kommunalvertreter
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€